

Wahlanalyse




WIESBADEN

Amt für
Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik

zur Kommunalwahl am 6. März 2016

Impressum

Herausgeber

Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik
Wilhelmstraße 32, 65183 Wiesbaden
März 2016

Bezug

Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik
Information & Dokumentation
Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden

Tel.: 06 11/31-54 34
FAX: 06 11/31-39 62
E-Mail: dokumentation@wiesbaden.de
Internet: www.wiesbaden.de

Bildnachweis

Gestaltung: Wiesbaden Marketing / Foto: www.shutterstock.com

Druckerei

Druck-Center Landeshauptstadt Wiesbaden

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung, auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet und mit der Bitte um ein Belegexemplar.
Für gewerbliche Zwecke ist es grundsätzlich nicht gestattet diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu vervielfältigen,
auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme zu speichern.



Wahlanalyse

zur Kommunalwahl am 6. März 2016 in Wiesbaden

Inhalt	Seite
Stadtverordnetenwahl	
> Ergebnisse der Stadtverordnetenwahl im Überblick	1
> Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	9
> Wahlergebnisse in den Parteihochburgen	17
Repräsentative Wahlstatistik	
> Struktur der Wahlberechtigten und ihre Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht	29
> Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht	37
Ortsbeiratswahlen	
> Ergebnisse der Ortsbeiratswahlen im Überblick	47

ANHANG

Inhalt

Seite

Stadtverordnetenwahl

> Ergebnisse der Stadtverordnetenwahl im Überblick	1
Tab. 1: Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2016 und Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2011	1
Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2016	
Bild 1: - Gewinner und Verlierer	2
Bild 2: - Sitzverteilung	3
Tab. 2: Stimmen von unveränderten und veränderten Stimmzetteln nach Wahlvorschlägen bei der Stadtverordnetenwahl 2016	5
Tab. 3: Panaschierte Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl 2016	6
Tab. 4: Panaschiersalden zwischen den Parteien bei der Stadtverordnetenwahl 2016	7
> Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	9
Bild 3: Wahlbeteiligung in Wiesbaden bei Bundestagswahlen, Landtagswahlen, Kommunalwahlen und Europawahlen seit 1972	9
Bild 4: Wahlbeteiligung in den Ortsbezirken bei der Stadtverordnetenwahl 2016	11
Tab. 5: Wahlbeteiligung bei der Stadtverordnetenwahl 2016 und Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften	12
Tab. 6: Wahlbeteiligung und Abschneiden der Parteien bei der Stadtverordnetenwahl 2016	14
Tab. 7: Stimmabgabe von Brief- und Urnenwählern/-innen	15
Tab. 8: Brief- und Urnenwähler/-innen und das Wahlsystem	16
> Wahlergebnisse in den Parteihochburgen	17
Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2016 in den Hochburgen der ...	
Tab. 9: - CDU	19
Tab. 10: - SPD	21
Tab. 11: - GRÜNEN	23
Tab. 12: - LINKEN	25
Tab. 13: - FDP	27

Inhalt

Seite

> Struktur der Wahlberechtigten und ihre Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht	29
Tab. 14: Zahl der Wahlberechtigten bei Stadtverordnetenwahlen und die am stärksten vertretenen Staatsangehörigkeiten	29
Bild 5: Wahlberechtigte nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2016	30
Tab. 15: Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen bei der Kommunalwahl 2016 und Kommunalwahl 2011	32
Bild 6: Wahlbeteiligung in Wiesbaden nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2016	33
Tab. 16: Wahlberechtigte und Wähler nach Altersgruppen bei der Kommunalwahl 2016	35
> Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht	37
Tab. 17: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2016	38
Tab. 18: Veränderungen im Wahlverhalten gegenüber der Kommunalwahl 2011	39
Tab. 19: Struktur der Wählerschaft der Parteien nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2016	42
Bild 7: Abweichung der gruppenspezifischen Anteile in der Wählerschaft der Parteien zur demografischen Struktur aller Wählerinnen und Wähler	44
Ortsbeiratswahl	
> Ergebnisse der Ortsbeiratswahlen im Überblick	47
Tab. 20: Sitzverteilung in den 26 Ortsbezirken nach dem vorläufigen Wahlergebnis 2016 - Vergleich mit der entsprechenden Wahl 2011	49

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahl im Überblick

*Kommunalwahl 2016
heißt in Wiesbaden:
Stadtverordnetenwahl
und Ortsbeiratswahl*

Die Kommunalwahl am 6. März 2016 gab der Wählerschaft in Wiesbaden ein weiteres Mal die Möglichkeit, ihr Votum für zwei verschiedene politische Gremien abzugeben - einerseits für die Stadtverordnetenversammlung, andererseits für die 26 Ortsbeiräte.

*81 Stimmen
bei der Stadtverordnetenwahl*

Bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung hatte jede Wählerin und jeder Wähler wieder 81 Stimmen zu vergeben, die sie auf zwölf Parteien verteilen konnten. Das waren genauso viele politische Gruppierungen wie vor fünf Jahren. Erstmals kandidierten bei einer Kommunalwahl AfD, ALFA und ULW, während die REPUBLIKANER, das FNW und die BüSo nicht mehr zur Wahl antraten.

12 Parteien kandidierten

**Tab. 1:
Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2016
und Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2011**

	2 016		2 011	
	abs.	%	abs.	%
Wahlberechtigte				
- ohne Sperrvermerk	180 086		181 384	
- mit Sperrvermerk	27 466		20 347	
Wahlberechtigte insgesamt	207 552		201 731	
Wählerinnen / Wähler	90 107		83 185	
davon mit Wahrscheinung	24 367		16 725	
ungültige Stimmzettel	3 837		4 761	
gültige Stimmen	6 666 962		6 056 165	
Wahlbeteiligung		43,4		41,2
CDU	1 646 595	24,7	1 982 126	32,7
SPD	1 726 092	25,9	1 749 270	28,9
GRÜNE	938 103	14,1	1 158 788	19,1
DIE LINKE	416 542	6,2	245 375	4,1
FDP	655 995	9,8	304 011	5,0
PIRATEN	72 072	1,1	128 739	2,1
BIG	21 110	0,3	21 308	0,4
AfD	856 353	12,8	x	x
BLW	114 937	1,7	231 399	3,8
FW	94 005	1,4	70 912	1,2
ALFA	56 917	0,9	x	x
ULW	68 241	1,0	x	x
REP	x	x	135 928	2,2
BüSo	x	x	4 234	0,1
FNW	x	x	24 075	0,4

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung ist gegenüber der letzten Wahl 2011 leicht angestiegen, von 41,2 % auf 43,4 %.

Bild 1:
Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2016
„Gewinner“ und „Verlierer“ im Vergleich
zur Stadtverordnetenwahl 2011



Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Parteienergebnisse

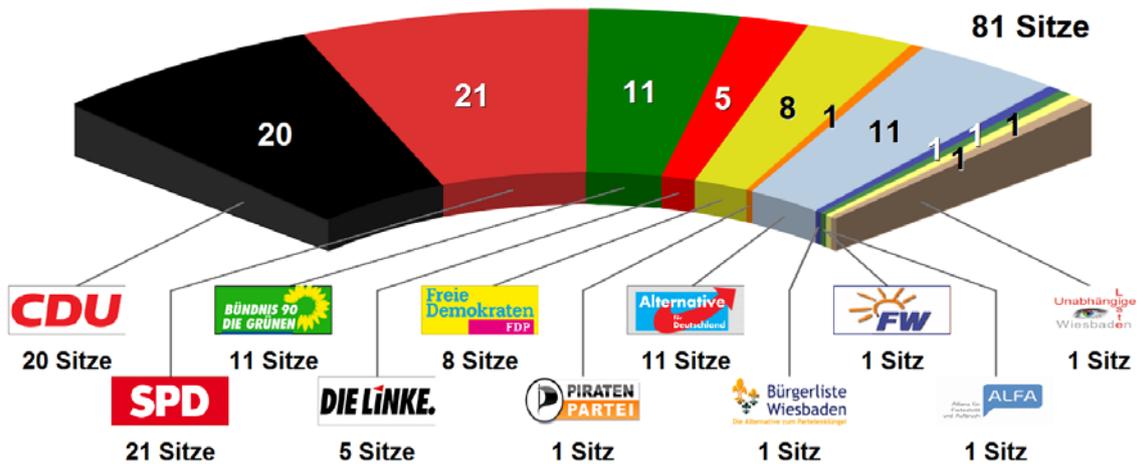
Den Einzug in die Stadtverordnetenversammlung geschafft haben elf der zwölf angetretenen Wählergruppen:

Die CDU erlitt massive Stimmenverluste und musste Platz 1 im Parteienwettbewerb an die SPD abtreten. Gegenüber der Kommunalwahl 2011 büßte die CDU rd. 336 000 Wählerstimmen ein. Die SPD verlor zwar auch gut 23 000 Wählerstimmen, wurde aber mit 25,9 % Stimmenanteil stärkste Kraft im Stadtparlament. Auf Platz 3 kamen die GRÜNEN mit 14,1 % (- 5,1 Prozentpunkte), sie verloren 220 000 Stimmen. Die AfD erreichte bei ihrem ersten Antreten bei einer Kommunalwahl 12,8 % und Platz 4. Die FDP verdoppelte ihren Stimmenanteil nahezu von 5 auf 9,8 %. Die BLW (von 3,8 auf 1,7 %) und die PIRATEN (von 2,1 auf 1,1 %) halbierten ihre Prozentsätze.

Sitzverteilung

Die zukünftige Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung sieht damit folgendermaßen aus:

Bild 2:
Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2016
Sitzverteilung



Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Der flexible Wahlmodus ist immer noch eine Herausforderung

Mit dem seit der Kommunalwahl 2001 praktizierten Wahlverfahren, das nach den Grundsätzen des personalisierten Verhältniswahlrechts funktioniert, entscheidet die Wählerschaft wie bisher über die Stärke der einzelnen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung. Darüber hinaus wird sie jedoch durch die Möglichkeit des Kumulierens, Panaschierens und des Streichens sowie der verschiedenen Mischvarianten in gewissem Maße in die Lage versetzt, ihre eigenen Vorstellungen von der personellen Zusammensetzung des Stadtparlaments zum Ausdruck zu bringen. Dies setzt jedoch voraus, dass die Wählerschaft mit der Vielfalt der Gestaltungsmöglichkeiten bei der Stimmabgabe auch umgehen kann bzw. vertraut ist. Darum galt das erste Augenmerk dem Umgang der Wählerschaft mit dem Stimmzettel. Drei Indikatoren stehen dabei im Mittelpunkt der Betrachtung:

- Der Anteil ungültiger Stimmzettel

Bei der Stadtverordnetenwahl hatten von den 90 107 Wähler/-innen 3 837 einen ungültigen Stimmzettel abgegeben. Damit lag der Anteil der ungültigen Stimmzettel bei 4,25 %, also 1,75 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren (vgl. Tabelle 1).

Da das hessische Wahlsystem - im Gegensatz zum personalisierten Verhältniswahlverfahren anderer Bundesländer - mehrere „Heilungsmöglichkeiten“ vorsieht, könnte die Anzahl ungültiger Stimmzettel durchaus ein Hinweis auf die nach wie vor geringe Vertrautheit mit den Wahlmöglichkeiten sein. Das Gefühl der Überforderung angesichts der Vielzahl an Entscheidungen kann zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

- Die Stimmenausschöpfung

Geht man von den gültigen Stimmzetteln und den möglichen Stimmen je Zettel aus, dann betrug die potentielle Stimmenzahl der gültigen Stimmzettel 6 987 870 Stimmen. Von diesem fiktiven Stimmen-Soll wurden 6 666 962 abgegeben, was einer Ausschöpfungsquote von 95,4 % entspricht. Bei der Kommunalwahl 2011 hatte die Ausschöpfungsquote ebenfalls bei 95,4 % gelegen. Die Wähler/-innen haben dennoch gerade in Anbetracht der vielfältigen Möglichkeiten durchaus die Übersicht bewahrt und ihr Stimmenkontingent recht gut ausgenutzt.

- Unveränderte und veränderte Stimmzettel

In welchem Ausmaß die Wähler/-innen von ihrem Gestaltungsspielraum Gebrauch gemacht haben, darüber gibt die Auswertung der Stimmzettel eine verlässliche Antwort.

Die einfachste Möglichkeit, die 81 Stimmen abzugeben, ist die Wahl einer Partei per Listenkreuz; damit ist ein Wahlvorschlag unverändert angenommen. So verhielten sich 61,2 % der Wähler/-innen, d. h. eine gute Mehrheit machte von den

verschiedenen Möglichkeiten keinen Gebrauch. 38,8 % hingegen nutzten das flexible Wahlverfahren, indem sie durch eigene Eintragungen ihre individuelle Wahlentscheidung trafen und parteiorientiert oder parteiübergreifend bestimmte Kandidaten bevorzugten oder auch unerwünschte strichen.

Bei der Kommunalwahl 2011 wurden die vielfältigen Wahlmöglichkeiten von 40 % der Wähler/-innen genutzt, 2006 waren es 43 %.

Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, waren die parteipolitischen Bindungen der AfD-Wähler/-innen am stärksten, nur 20,8 % gaben ihrem Wunsch nach einer „Persönlichkeitswahl“ Ausdruck. Ebenfalls unterdurchschnittlich viele Stimmzettelveränderungen konnten die GRÜNEN, die LINKEN und die FDP verzeichnen. Dagegen nahmen die Wähler von CDU, SPD, PIRATEN, BIG, BLW, FW, ALFA und ULW überdurchschnittlich viele Veränderungen am Stimmzettel vor. Für die einzelnen Wahlvorschläge lassen sich die Stimmenanteile aus unverändert und verändert abgegebenen Stimmzetteln aus Tabelle 2 entnehmen.

Tab. 2:
Stimmen von unveränderten und veränderten Stimmzetteln nach Wahlvorschlägen bei der Stadtverordnetenwahl 2016

Wahlvorschlag	Stimmen von ... Stimmzetteln			
	unveränderten		veränderten	
	abs.	in %	abs.	in %
CDU	996 867	60,5	649 728	39,5
SPD	1 026 918	59,5	699 174	40,5
GRÜNE	612 198	65,3	325 905	34,7
LINKE	275 724	66,2	140 818	33,8
FDP	420 714	64,1	235 281	35,9
PIRATEN	44 226	61,4	27 846	38,6
BIG	11 745	55,6	9 365	44,4
AfD	677 808	79,2	178 545	20,8
BLW	67 392	58,6	47 545	41,4
FW	50 622	53,9	43 383	46,1
ALFA	27 660	48,6	29 257	51,4
ULW	40 581	59,5	27 660	40,5
Insgesamt	4 252 455	63,8	2 414 507	36,2

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Tab. 3:
Panaschierte Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl 2016

An Wahlvorschlag ...	Von Wahlvorschlag ...												Insgesamt von anderen Wahlvorschlägen erhalten ...
	CDU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	PIRATEN	BIG	AfD	BLW	FW	ALFA	ULW	
	abs.												
CDU	-	8 564	5 498	556	9 485	312	24	3 227	1 011	1 079	997	251	31 004
SPD	8 733	-	16 516	4 594	3 251	489	196	1 768	1 004	805	257	594	38 207
GRÜNE	4 262	15 753	-	5 079	1 937	698	131	377	645	613	179	657	30 331
LINKE	544	4 206	6 689	-	273	454	54	513	418	386	118	367	14 022
FDP	10 984	2 679	1 883	407	-	185	54	1 656	743	964	1 041	86	20 682
PIRATEN	288	1 076	1 865	1 531	259	-	3	317	47	285	209	157	6 037
BIG	70	651	191	175	43	18	-	16	3	11	19	18	1 215
AfD	1 672	579	139	296	914	132	51	-	266	482	1 216	121	5 868
BLW	1 341	1 103	1 182	473	1 114	49	42	604	-	741	504	250	7 403
FW	1 233	1 062	737	202	1 103	97	23	464	325	-	463	206	5 915
ALFA	720	117	138	82	790	112	3	1 024	88	232	-	49	3 355
ULW	619	1 273	1 452	747	344	185	44	285	299	450	217	-	5 915
Insgesamt an andere Wahlvorschläge abgegeben ...	30 466	37 063	36 290	14 142	19 513	2 731	625	10 251	4 849	6 048	5 220	2 756	169 954
Saldo	+ 538	+ 1 144	- 5 959	- 120	+ 1 169	+ 3 306	+ 590	- 4 383	+ 2 554	- 133	- 1 865	+ 3 159	

Lesebeispiel:

Auf Stimmzetteln mit Listenkreuz CDU wurden 8 733 Einzelstimmen an Bewerber/-innen der SPD vergeben.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

*Stimmenherkunft
nach Wahlvorschlägen*

Die von den Parteien errungenen Stimmen können auf Grund des flexiblen Wahlverfahrens unterschiedlicher Herkunft sein. Sie können von Wähler/-innen stammen, die die von der Partei aufgestellte Bewerber/-innenliste so übernehmen wie sie ist (Listenwähler). Andere Wähler/-innen sind zwar grundsätzlich mit dem Wahlvorschlag ihrer Partei einverstanden, wollen aber durch entsprechende Eintragungen dem / der einen oder anderen Bewerber/in eine andere Platzierung in der Liste geben (Parteiwähler). Außerdem können Parteien Stimmen von parteiübergreifenden Wählern/-innen erhalten, die zwar eine „Lieblingspartei“ haben, jedoch einzelnen Kandidaten anderer Listen ebenfalls einige Stimmen zukommen lassen wollen (panaschieren). Darüber hinaus erhalten Parteien Stimmen von Wählern/-innen, die sich an **keine** Liste gebunden fühlen und nur Kandidaten wählen („reine“ Persönlichkeitswähler).

*Panaschierungsbilanzen
der einzelnen Parteien*

Besonders interessant sind alle Stimmenbewegungen, die sich nach Herkunft und Ziel identifizieren lassen, d. h. die Stimmengewinne und -verluste der Wahlvorschläge durch Panaschieren. Wie Tabelle 3 zeigt, sind die Panaschierungsbilanzen der GRÜNEN, der LINKEN, der AfD und der ALFA negativ, die der CDU, SPD, FDP, PIRATEN, ULW und BLW positiv. Größter Panaschierprofiteur waren die PIRATEN mit + 3 306 Stimmen.

Tab. 4:
Panaschiersalden zwischen den Parteien bei der Stadtverordnetenwahl 2016

An Wahlvorschlag ...	Von Wahlvorschlag ...											
	CDU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	PIRATEN	BIG	AfD	BLW	FW	ALFA	ULW
	abs.											
CDU		- 169	1 236	12	- 1 499	24	- 46	1 555	- 330	- 154	277	- 368
SPD	169		763	388	572	- 587	- 455	1 189	- 99	- 257	140	- 679
GRÜNE	- 1 236	- 763		- 1 610	54	- 1 167	- 60	238	- 537	- 124	41	- 795
LINKE	- 12	- 388	1 610		- 134	- 1 077	- 121	217	- 55	184	36	- 380
FDP	1 499	- 572	- 54	134		- 74	11	742	- 371	- 139	251	- 258
PIRATEN	- 24	587	1 167	1 077	74		- 15	185	- 2	188	97	- 28
BIG	46	455	60	121	- 11	15		- 35	- 39	- 12	16	- 26
AfD	- 1 555	- 1 189	- 238	- 217	- 742	- 185	35		- 338	18	192	- 164
BLW	330	99	537	55	371	2	39	338		416	416	- 49
FW	154	257	124	- 184	139	- 188	12	- 18	- 416		231	- 244
ALFA	- 277	- 140	- 41	- 36	- 251	- 97	- 16	- 192	- 416	- 231		- 168
ULW	368	679	795	380	258	28	26	164	49	244	168	

Lesebeispiel:

Die CDU **verlor** an die SPD 169 Stimmen. Die FDP **gewann** von der CDU 1 499 Stimmen.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

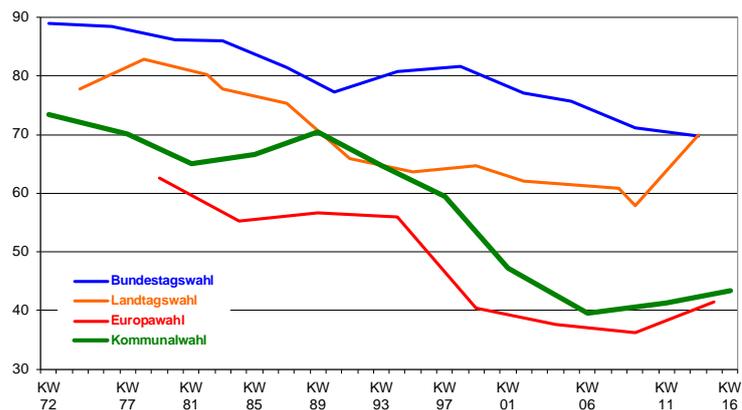
In der Tabelle 4 sind die Stimmenbewegungen zwischen den Parteien saldiert dargestellt. Hier sieht man beispielsweise, dass die LINKE am stärksten von den GRÜNEN-Listenwählern profitierte, während die CDU am meisten Einzelstimmen von den AfD-Wählern erhielt. Aber auch die SPD gewann erheblich von den AfD-Listenwählern, während die FDP am stärksten von der CDU-Wählerschaft mit Einzelstimmen bedacht wurde.

Zahl der Wahlberechtigten gegenüber 2011 gestiegen

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wahlberechtigten zur Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung hat sich gegenüber 2011 leicht erhöht: Sie lag am vergangenen Sonntag bei 207 552 und damit um rund 5 800 über dem Wert von vor fünf Jahren. Da bei Kommunalwahlen in Hessen auch Angehörige von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union („Unionsbürger/-innen“) stimmberechtigt sind, musste sich die Zuwanderung aus der EU, vor allem aus Polen, Bulgarien und Rumänien, auch auf die Zahl der Wahlberechtigten auswirken. Auch der EU-Beitritt Kroatiens zum 1. Juli 2013 trug mit einem Plus von rund 1 400 Personen zum Anstieg bei. Insgesamt haben gut 20 000 Wahlberechtigte die Staatsangehörigkeit eines ausländischen EU-Staates, was einem Anteil von rund 10 % an allen Wahlberechtigten in Wiesbaden entspricht. Darunter am häufigsten vertreten sind Personen polnischer, italienischer und griechischer Nationalität.

Bild 3:
Wahlbeteiligung in Wiesbaden
bei Bundestagswahlen, Landtagswahlen, Kommunalwahlen
und Europawahlen seit 1972 (in %)



Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

In der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger haben Kommunalwahlen innerhalb des Spektrums politischer Abstimmungen eine relativ geringe Relevanz, gemessen an der Wahlbeteiligung. Hier liegen sie auf Platz drei hinter Bundestags- und Landtagswahlen - allerdings noch vor Europawahlen.

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte war die Bereitschaft der Wiesbadener, über die Zusammensetzung ihrer Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiräte zu bestimmen, unterschiedlich stark ausgeprägt - zwischen 1989 und 2006 ging die Wahlbeteiligung stetig zurück. Bei der letzten Kommunalwahl 2011 schien dieser Trend gestoppt; die Beteiligungsquote stieg gegenüber 2006 leicht an.

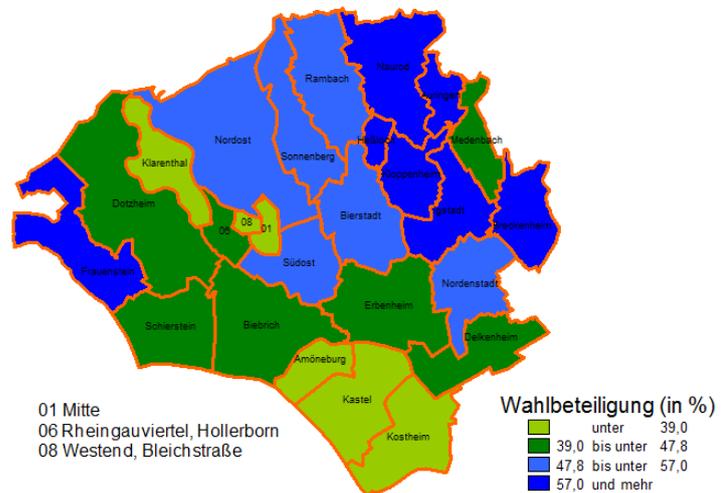
*Früherer Trend
zur Wahlenthaltung
scheint überwunden*

Am vergangenen Sonntag hat sich die Beteiligung abermals erhöht: 90 107 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener gingen zur Wahl, das sind 43,4 % der Wahlberechtigten. Gleichwohl ist die Wahlbeteiligung vom 6. März immer noch die drittniedrigste aller Stadtverordnetenwahlen seit 1946.

*Wahlbeteiligung
in den Ortsbezirken
sehr unterschiedlich*

Betrachtet man die Wahlbeteiligungsquoten in den einzelnen Ortsbezirken, so besteht zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert eine Differenz von mehr als 40 Prozentpunkten. Wieder war es der Ortsbezirk Heßloch, der sich als Spitzenreiter in Sachen Wählerinteresse präsentierte: Mit 72,8 % lag dort die Wahlbeteiligung um fast 30 Prozentpunkte höher als im gesamtstädtischen Schnitt. Auch in Naurod (61,7 %), Frauenstein (59,8 %), Kloppenheim (59,5 %), Auringen (59,4 %) sowie in Breckenheim, Igstadt, Sonnenberg und Rambach konnten sich noch weit mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe entschließen. Ganz anders sieht es dagegen in den Ortsbezirken Amöneburg (32,1 %) Westend/Bleichstraße und Mitte (jeweils 34,7 %) aus. Auch in den beiden anderen „AKK-Stadtteilen“ Kastel und Kostheim war die Wahlbeteiligung mit 35,7 % bzw. 36,8 % auffallend gering.

Bild 4:
Wahlbeteiligung in den Ortsbezirken
bei der Stadtverordnetenwahl 2016



Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Für diese Unterschiede gibt es keine einfache, monokausale Erklärung. In erster Linie sind es die soziodemografischen und siedlungsstrukturellen Verhältnisse im Ortsbezirk, die die Wahlbeteiligung beeinflussen. So steigt beispielsweise die Beteiligung mit der Quote an selbstgenutztem Wohneigentum. Auch eine hohe Kaufkraft und eine lange Wohndauer begünstigen die Bereitschaft zur Wahlteilnahme. Andererseits gehen Arbeitslosigkeit und hoher Sozialwohnungsanteil regelmäßig mit einer niedrigen Wahlbeteiligung einher.

Tab. 5:
Wahlbeteiligung bei der Stadtverordnetenwahl 2016
und Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften 1)

Wahlbezirk	Lagebezeichnung 2)	Wahlbeteiligung (%)	SGB II-Anteil 3)
Höchste Wahlbeteiligung			
2211	Heßloch-Mitte	68,4	ca. 1
3413	Breckenheim-Mitte	59,0	ca. 1
1212	Bierstadt-Mitte	56,8	ca. 3
3112	Naurod-Nord	56,2	ca. 3
3213	Auringen-Mitte	56,2	ca. 2
Niedrigste Wahlbeteiligung			
0813	Bleichstraße	16,1	28,2
1663	Schelmengraben	16,8	26,6
0652	Daimlerstr., Fischbacher Str.	17,0	22,5
1662	Schelmengraben	18,8	26,7
0811	Bleichstraße	19,7	29,5

1) Anteil der Empfänger von Grundsicherung nach SGB II („Hartz IV“) an allen Haushalten am 31.12.2014.

2) Name des Planungsraums, in dem der Wahlbezirk (überwiegend) liegt.

3) In Wahlbezirken mit weniger als 20 Bedarfsgemeinschaften aus Geheimhaltungsgründen gerundet.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

*Zusammenhang
von Sozialstruktur
und Wahlbeteiligung*

Am Beispiel der Abhängigkeit von Sozialleistungen lässt sich die „soziale Schieflage“ bei der Wahlbeteiligung eindrucksvoll belegen: Tabelle 5 listet die fünf Wahlbezirke mit der jeweils höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung im Stadtgebiet. Und in der Tat ist in den Bezirken mit hoher Wahlbeteiligung der Anteil der auf Grundsicherung Angewiesenen verschwindend gering, während er in Gebieten mit niedriger Wahlbeteiligung den städtischen Durchschnitt von 10,5 % bei weitem übersteigt.

In gewisser Weise schwindet damit die „soziale Repräsentativität“ des Wahlergebnisses: Gutsituierte Schichten dominieren die Wahl, während die sozial schwächeren Milieus unterrepräsentiert sind. Dies ist allerdings kein Wiesbaden-spezifisches Phänomen, sondern eine in allen Großstädten zu machende Beobachtung.¹

*In fast allen Ortsbezirken
höhere Wahlbeteiligung*

Der Anstieg der Wahlbeteiligung im Vergleich zur Stadtverordnetenwahl von 2011 vollzog sich nahezu flächen-

¹ Vgl. dazu beispielsweise die Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung in 28 deutschen Großstädten: Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh, 2013.

als 2011

deckend über alle Ortsbezirke. Am deutlichsten fiel er in Breckenheim aus mit einem Plus von 5,5 Prozentpunkten - und das bei einer ohnehin schon recht hohen Ausgangsbeteiligung. Auch in Rambach (+ 5,3 Prozentpunkte) und Sonnenberg (+ 4,5 Prozentpunkte) stieg die Bereitschaft wählen zu gehen überdurchschnittlich.

Nur in einem einzigen Ortsbezirk lag der Anteil der Wählerinnen und Wähler niedriger als vor fünf Jahren: in Amöneburg (- 2,2 Prozentpunkte), das damit in puncto Wahlbeteiligung auf den „letzten Platz“ zurückfiel.

Insgesamt haben sich in der Rangfolge der Ortsbezirke nur geringfügige Änderungen ergeben. Es zeigt sich wieder das hinlänglich bekannte Muster, nach dem die kleineren Außenbezirke eine hohe Wahlbeteiligung aufweisen, während die Innenstadt, der Innenstadtrand und die AKK-Bezirke in der Wählerschaft unterrepräsentiert sind (siehe Bild 4). Weitere Einzelheiten sind der Tabelle 2A im Anhang zu entnehmen.

*Höhe der Wahlbeteiligung
begünstigt bestimmte Parteien*

Zwischen der Wahlbeteiligung und den Erfolgen der einzelnen Parteien gibt es Zusammenhänge, die in der Vergangenheit immer wieder beobachtet werden konnten. Auf eine Kurzformel gebracht: Je höher in einem bestimmten Gebiet (Wahlbezirk, Ortsbezirk) die Wahlbeteiligung war, desto besser schnitten in der Regel CDU und FDP ab - und desto bescheidener fielen die Ergebnisse für SPD und DIE LINKE aus. Tabelle 6 dokumentiert den Zusammenhang für den vergangenen Sonntag: So lagen in Wahlbezirken mit stark ausgeprägtem Wählerinteresse die Stimmenanteile vor allem der CDU weit über deren gesamtstädtischem Ergebnis. Auch die FDP erzielte hier ihre besten Resultate. Genau das Gegenteil gilt für DIE LINKE und - in abgeschwächtem Ausmaß - auch für die SPD: Sie schnitten unterm Strich gerade dort gut ab, wo die Wahlbeteiligung niedrig war. Auch für die erstmals zur Stadtverordnetenwahl angetretene AfD gilt: Je niedriger die Wahlbeteiligung, desto höher die Zahl der Stimmen. Relativ unbeeinflusst von der Wahlbeteiligung zeigte sich der Erfolg der GRÜNEN - sie erhielten mehr

Zuspruch aus Bezirken mit „durchschnittlicher“ Wahlbeteiligung und weniger aus Gebieten mit besonders hoher oder niedriger Beteiligung.

Tab. 6:
Wahlbeteiligung und Abschneiden der Parteien bei der Stadtverordnetenwahl 2016
(ohne Briefwahl)

Wahlbezirke mit ... Wahlbeteiligung	Wahlbeteiligung	Stimmenanteile für ...											
		CDU	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	PIRATEN	BIG	AfD	BLW	FREIE WÄHLER	ALFA	ULW
		%											
weit überdurchschnittlicher	50,9	29,6	24,9	13,4	3,6	11,6	0,8	0,1	11,0	1,8	1,6	0,8	0,7
überdurchschnittlicher	42,0	23,0	25,4	16,0	5,8	10,6	1,0	0,2	12,5	2,0	1,4	0,8	1,1
unterdurchschnittlicher	34,0	19,4	27,9	16,0	8,2	7,5	1,4	0,5	14,4	1,4	1,4	0,8	1,2
weit unterdurchschnittlicher	24,8	17,8	28,5	12,9	10,4	6,0	1,6	0,9	17,5	1,2	1,1	0,8	1,2
Insgesamt (ohne Briefwahl)	36,7	22,9	26,5	14,7	6,7	9,2	1,2	0,4	13,5	1,6	1,4	0,8	1,0

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Die beschriebenen Zusammenhänge können am ehesten mit den unterschiedlichen Sozial- und Altersstrukturen in den Wahlbezirken erklärt werden: So ist beispielsweise bekannt, dass in Gebieten mit hohem Sozialstatus sowohl die Wahlbeteiligung als auch der Zuspruch zu CDU und FDP vergleichsweise hoch sind. Auch der positive Zusammenhang zwischen Alter, CDU-Präferenz und Wahlbeteiligung wurde oft belegt. SPD- und LINKE-Hochburgen liegen häufig in Wohnquartieren mit niedrigerem Sozialstatus - und der wirkt der Wahlbereitschaft entgegen. Für die GRÜNEN lässt sich - wie schon 2011 - kein monotoner Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Wahlerfolg feststellen.

Jeder vierte Wähler gab sein Votum per Briefwahl ab

Die Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler bevorzugte den Gang ins Wahllokal, aber mehr als jeder Vierte (26,7 %) nutzte die Möglichkeit der Briefwahl. Damit ist der Anteil der Briefwähler/-innen gegenüber der letzten Kommunalwahl noch einmal sehr deutlich gestiegen; seinerzeit gaben 19,9 % aller Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen per Briefwahl ab.

CDU und FDP profitieren von Briefwahl

Dass Briefwähler tendenziell andere Parteien favorisieren als Urnenwähler, lässt sich auch für die jüngste Wahl wieder bestätigen: Briefwählerinnen und Briefwähler bevorzugen die CDU und die FDP, während SPD, LINKE und GRÜNE ihre Stimmen eher aus den Wahllokalen erhalten. Die Kreuzchen für die AfD stammen ebenfalls eher aus den Wahlurnen als aus den Briefkästen.

Tab. 7:
Stimmabgabe von Brief- und Urnenwähler/-innen

Von den ...	gaben ihre Stimmen an ...											
	CDU	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	PIRATEN	BIG	AfD	BLW	FREIE WÄHLER	ALFA	ULW
	%											
Briefwählern	29,5	24,3	12,3	5,0	11,5	0,9	0,1	11,0	1,9	1,5	1,0	1,0
Urnenwählern	22,9	26,5	14,7	6,7	9,2	1,2	0,4	13,5	1,6	1,4	0,8	1,0
Wähler/-innen insgesamt	24,7	25,9	14,1	6,2	9,8	1,1	0,3	12,8	1,7	1,4	0,9	1,0

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Briefwähler verändern ihre Stimmzettel öfter

Der vom Kommunalwahlrecht vorgesehene Gestaltungsspielraum bei der Stimmabgabe wurde von den Briefwählern stärker ausgeschöpft als von den Urnenwählern. Während 43,3 % (2011: 43,4 %) aller Briefwählerinnen und -wähler ihre Stimmzettel „veränderten“, also kumulierten und/oder panaschierten, mochten sich von den Wählern in den Wahllokalen nur 37,2 % (2011: 38,6 %) dazu entschließen (Tabelle 8). Dabei wurde das Panaschieren von Stimmen, vor allem aber die reine Personenwahl ohne Listenkreuz von den Briefwählern verstärkt vorgenommen; das Kumulieren und/oder Streichen innerhalb eines Wahlvorschlags war hingegen bei Urnen- und Briefwählern ähnlich beliebt. Diese Sachverhalte wurden ganz ähnlich auch schon vor fünf Jahren beobachtet; wesentliche Änderungen in der Handhabung des Persönlichkeitswahlrechts gab es seitdem also nicht. Die festgestellten Unterschiede könnten auch darin begründet sein, dass Wählerinnen und Wähler, die beabsichtigen, ihren Stimmzettel zu verändern, dies lieber in Ruhe zu Hause als im Wahllokal tun. Insbesondere die „freihändige“ Stimmenvergabe ohne Listenkreuz verlangt eine gewisse Sorgfalt, weil hier ein erhöhtes Risiko besteht, ungültig zu wählen.

**Tab. 8:
Brief- und Urnenwähler/-innen und das Wahlsystem**

Von den ...	wählten ausschließlich mit Listenkreuz	nutzten die Möglichkeiten des Persönlichkeitswahlrechts			
		zusammen	mit einem Listenkreuz ...		ohne Listenkreuz
			... und Veränderung im Wahlvorschlag	... und panschierten Stimmen	
%					
Briefwählern	56,7	43,3	13,5	16,3	13,4
Urnenwählern	62,8	37,2	14,0	14,0	9,2
Wähler/-innen insgesamt	61,2	38,8	13,9	14,6	10,3

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Wahlergebnisse in den Parteihochburgen

*Ergebnisse in den Hochburgen
lassen Rückschlüsse
auf das Wahlverhalten
der Parteianhänger zu*

Die Analyse der Wahlergebnisse¹ in den Hochburgen der Parteien verfolgt das Ziel, lokale Stimmengewinne und -verluste aufzuzeigen. Konkret geht es um die Frage, wie die Parteien in ihren bisherigen Stammregionen abgeschnitten haben. Dabei ist der Erfolg oder Misserfolg einer Partei in ihren eigenen Hochburgen nicht nur für das Gesamtergebnis bedeutsam, sondern kann auch als Indiz für das Verhalten der Parteianhänger insgesamt gewertet werden. Zugleich lässt das Abschneiden einer Partei in „fremden“ Hochburgen auf Wanderungsbewegungen der Wählerschaft schließen.

*Abgrenzung
der Parteihochburgen
anhand früherer Wahlergebnisse*

Als Parteihochburgen werden die Wahlbezirke bezeichnet, in denen eine Partei in der Vergangenheit kontinuierlich herausragende Stimmenanteile erzielen konnte, also auf eine große und treue Anhängerschaft zurückgreifen kann. Nachfolgend werden die Hochburgen folgender Parteien betrachtet: CDU, SPD, GRÜNE, LINKE und FDP; dies sind die fünf Parteien mit den höchsten Stimmenanteilen bei der Stadtverordnetenwahl 2011.



Wie werden die Partei-Hochburgen bestimmt?

Welche der insgesamt 189 allgemeinen Wahlbezirke in Wiesbaden als Partei-Hochburgen gelten können, wird über ein statistisches Kriterium festgelegt: Erzielte eine Partei durchgängig bei den letzten vier Wahlen (Stadtverordnetenwahl 2011, Bundestagswahl 2013, Landtagswahl 2013 und Europawahl 2014) in einem Wahlbezirk Stimmenanteile, die zu den jeweils 30 besten Ergebnissen in der Gesamtstadt gehörten, so wird dieser Wahlbezirk als „Hochburg“ der entsprechenden Partei eingestuft. Als Hochburgen gelten also nur solche Wahlbezirke, die sich durch eine zeitliche wie wahlübergreifende Stabilität im Ergebnis auszeichnen. Entscheidend ist dabei nicht das „gute“ oder „schlechte“ Abschneiden einer Partei in der Stadt, sondern die Relation der Wahlbezirksergebnisse zum gesamtstädtischen Stimmenanteil.

Briefwahlstimmen können nicht berücksichtigt werden, weil sie nicht auf Wahlbezirksebene ausgezählt werden.

¹ Wahl zur Stadtverordnetenversammlung.

CDU-Hochburgen:

*Wahlbezirke Nr. 0212, 0281,
0321, 1121, 1131, 1171, 1212,
1261, 1531, 3121, 3122, 3412,
3413*

*CDU stark in
privilegierten Wohnlagen*

*In den CDU-Hochburgen
überdurchschnittliche
Wahlbeteiligung ...*

*... und mehr eigene Stimmen-
verluste als anderswo*

SPD knapp behauptet

Hochburgen der CDU

Aktuell verfügt die CDU über 13 Hochburgen in Wiesbaden. Sie konzentrieren sich auf die Ortsbezirke Sonnenberg (3 Wahlbezirke), Nordost, Bierstadt, Naurod und Breckenheim (jeweils 2 Wahlbezirke). Südost und Biebrich sind mit jeweils einem Wahlbezirk vertreten.

Die CDU-Hochburgen sind durch eine im Schnitt ältere Bevölkerung geprägt, die bereits längere Zeit ansässig ist. Migranten leben hier selten, Arbeitslosigkeit und Grundsicherungseinkommen spielen kaum eine Rolle. Den Bewohnern steht relativ viel Wohnfläche zur Verfügung; viele leben im Wohneigentum.

Erfahrungsgemäß zeichnet sich das Wählerpotential der Union durch eine vergleichsweise hohe Wahlbereitschaft aus, was sich regelmäßig in überdurchschnittlichen Wahlbeteiligungsquoten in den CDU-Hochburgen niederschlägt. Auch der letzte Sonntag hat gezeigt, dass sich die Wahlberechtigten in den Stammregionen der CDU vergleichsweise eifrig an der Wahl beteiligten - mit einer Quote von 48,7 % gegenüber 36,7 % in der Gesamtstadt (allgemeine Wahlbezirke, ohne Briefwahl). Im Vergleich zur Kommunalwahl 2011 stieg die Wahlbeteiligung leicht an (Tabelle 9).

Die CDU musste in ihren eigenen Hochburgen Stimmenverluste hinnehmen. Die fielen mit einem Minus von 11,9 Prozentpunkten sogar noch höher aus als in den übrigen Bezirken. In den eigenen Stammregionen fiel es der Union offensichtlich besonders schwer, Wählerinnen und Wähler von sich zu überzeugen.

Fast unverändert blieb in den Unionshochburgen der Zuspruch zur SPD - zumindest blieb sie dort von den Verlusten verschont, die ihr auf Gesamtstadtebene beschert wurden. Allerdings herrscht in den Hochburgen der CDU für die Sozialdemokraten traditionell ein raues Klima, erreichte doch die SPD dort einen nur gut halb so hohen Stimmenanteil wie die Union.

*Für die GRÜNEN
leichte Verluste*

Der Stimmenverlust der GRÜNEN in Wiesbaden (minus 5,1 Prozentpunkte gegenüber 2011) zeigte sich auch in den Unions-Hochburgen, wenngleich in abgeschwächter Größenordnung. Der GRÜNEN-Anteil dort liegt bei 13,1 % und damit nur unwesentlich niedriger als im Stadtergebnis (14,1 %).

FDP legt zu

Die Freien Demokraten sind - neben der AfD - die Gewinner der aktuellen Stadtverordnetenwahl. Dass sie in den CDU-Hochburgen regelmäßig ein für sich günstiges (Lager-)Klima vorfinden, lässt sich aktuell wieder bestätigen: Der Zuwachs um 9,4 Prozentpunkte seit dem vorletzten Wahlgang ist doppelt so hoch wie in der Gesamtstadt. Das dürfte auch als Anzeichen für stattgefundene Wählerwanderungen von der Union in Richtung FDP gelten.

AfD leicht unterdurchschnittlich

Mit einem Stimmenanteil von 9,2 % ist die AfD in den CDU-Hochburgen hinter ihrem gesamtstädtischen Ergebnis zurückgeblieben.

**Tab. 9:
Vorläufiges Ergebnis der Stadtverordnetenwahl 2016
in den Hochburgen der CDU**

	2016	Veränderung zu 2011	Zum Vergleich: Gesamtstadt
	%	%-Punkte	%
Wahlbeteiligung*	48,7	+ 0,8	36,7
Stimmenanteile für ...			
CDU	34,4	- 11,9	24,7
SPD	18,5	- 0,2	25,9
GRÜNE	13,1	- 3,9	14,1
LINKE	2,2	+ 0,7	6,2
FDP	16,9	+ 9,4	9,8
AfD	9,2	x	12,8

* Urnenwahlbeteiligung

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Hochburgen der SPD

SPD-Hochburgen:

*Wahlbezirke Nr. 0722, 0723,
1321, 1411 bis 1413, 1471, 1472,
1512, 2712*

Zehn Wahlbezirke können derzeit in Wiesbaden als Vorranggebiete der SPD bezeichnet werden; damit verfügen die Sozialdemokraten über weniger Hochburgen als die übrigen Parteien. Sie verteilen sich auf die Ortsbezirke Biebrich (6 Wahlbezirke) und Klarenthal (2 Wahlbezirke); zwei weitere SPD-Hochburgen liegen in Erbenheim und Schierstein.

*Viele Sozialwohnungen,
hohe Arbeitslosigkeit*

Die Altersverteilung der Wahlberechtigten in den SPD-Hochburgen weicht kaum von der in der Gesamtstadt ab; dagegen ist der Migrantenanteil überdurchschnittlich. Besonders auffällig ist der hohe Anteil an öffentlich geförderten Wohnungen; auch die Arbeitslosigkeit und die Abhängigkeit von Transferleistungen liegen höher als im Schnitt. Überwiegend wohnt man in Mehrfamilienhäusern zur Miete.

Niedrige Wahlbeteiligung

In ihren Hochburgen konnte die SPD ihre eigene Wählerschaft nur wenig mobilisieren. Am vergangenen Sonntag gingen 29,1 % der Wahlberechtigten in den SPD-Hochburgen ins Wahllokal. Das sind viel weniger als im gesamtstädtischen Schnitt und - entgegen dem gesamtstädtischen Trend - auch etwas weniger als bei der Kommunalwahl 2011 (Tabelle 10).

*SPD verliert in
den eigenen Hochburgen
überdurchschnittlich*

Mit einem Verlust von 7,0 Prozentpunkten war die SPD in ihren eigenen Hochburgen nicht gerade erfolgreich - der Verlust war sogar stärker als im übrigen Wiesbaden und auch höher als beispielsweise in den Hochburgen der GRÜNEN.

*Stimmenverluste
auch bei der CDU*

Hinsichtlich des Abschneidens der CDU lassen sich in den SPD-Hochburgen keine Besonderheiten ausmachen: Sie liegt dort traditionell hinter der SPD und musste im Fünf-Jahres-Zeitraum einen um 8,9 Prozentpunkte abgerutschten Stimmenanteil hinnehmen - in etwa genauso wie in Wiesbaden insgesamt.

FDP

In den sozialdemokratischen Hochburgen fiel es der FDP

im gebremsten Aufschwung

nicht so leicht, die Gunst der Wähler zu gewinnen: Der Zuwachs bleibt mit 2,8 Prozentpunkten hinter dem gesamtstädtischen Ergebnis zurück.

*GRÜNE mit Verlusten,
LINKE mit Gewinnen*

Die GRÜNEN kamen in den SPD-Hochburgen auf einen Anteil von 8,1 % aller Stimmen - deutlich weniger als in den übrigen Bezirken. Da mag es ein schwacher Trost sein, dass der Rückgang gegenüber 2011 etwas glimpflicher ausfiel als im Gesamtergebnis. Ein ähnliches Wahlergebnis (8,3 %) erzielte die LINKE, mit einem Plus von 3,4 Prozentpunkten gegenüber 2011. Der Unterschied: Für die LINKE sind die sozialdemokratisch gefärbten Wahlbezirke ein vergleichsweise günstiges Terrain in der Stadt, während das Votum für die GRÜNEN dort nur unterdurchschnittlich ausgeprägt ist.

AfD sehr erfolgreich

In den SPD-Hochburgen erhielt die AfD 19,0 % der abgegebenen Stimmen - ein überragendes Ergebnis, das weit höher liegt als ihr Prozentanteil in den Hochburgen der anderen Parteien.

Tab. 10:
**Vorläufiges Ergebnis der Stadtverordnetenwahl 2016
in den Hochburgen der SPD**

	2016	Veränderung zu 2011	Zum Vergleich: Gesamtstadt
	%	%-Punkte	%
Wahlbeteiligung*	29,1	- 1,6	36,7
Stimmenanteile für ...			
CDU	17,3	- 8,9	24,7
SPD	35,6	- 7,0	25,9
GRÜNE	8,1	- 4,2	14,1
LINKE	8,3	+ 3,4	6,2
FDP	5,3	+ 2,8	9,8
AfD	19,0	x	12,8

* Urnenwahlbeteiligung

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Hochburgen der GRÜNEN

GRÜNEN-Hochburgen:

*Wahlbezirke Nr. 0112, 0121,
0122, 0131 bis 0133, 0243, 0244,
0511, 0512, 0621 bis 0624, 0812,
0821 bis 0825, 1417, 5212*

Über 22 Hochburgen können sich die GRÜNEN freuen; sie haben damit mehr Hochburgen als alle anderen Parteien in Wiesbaden. Im Stadtgebiet lassen sie sich wie folgt lokalisieren: Ortsbezirk Mitte und Westend/Bleichstraße (jeweils 6 Wahlbezirke), Rheingauviertel/Hollerborn (4), Nordost und Südost (je 2), Biebrich und Kastel (je 1). Damit konzentrieren sich die Vorranggebiete der GRÜNEN auf die Innenstadt- und Innenstadtrandlagen.

Junge, mobile Bevölkerung

Hier ist die Bevölkerung relativ jung: Wahlberechtigte unter 35 Jahren sind überdurchschnittlich vertreten, Wahlberechtigte ab 65 Jahren unterdurchschnittlich. Die Fluktuation ist hoch: viele Neubürger, weniger „Alteingesessene“. Vergleichsweise wenige wohnen in den eigenen vier Wänden, und die Wohngebäude sind größer als in den Hochburgen aller anderen Parteien. Sozialwohnungen spielen allerdings kaum eine Rolle.

Wahlbeteiligung

leicht unterdurchschnittlich

Bei politischen Wahlen zeigen die Wahlberechtigten in den GRÜNEN-Hochburgen regelmäßig ein leicht unterdurchschnittliches Wahlinteresse. So auch am vergangenen Sonntag, als dort 34,4 % der Bürgerinnen und Bürger (soweit sie nicht per Brief gewählt haben) den Weg in das Wahllokal fanden. Damit liegt die Wahlbeteiligung in den Hochburgen der GRÜNEN etwas niedriger als im gesamtstädtischen Mittel, allerdings deutlich höher als in den Hochburgen der SPD und der LINKEN. Gegenüber der Stadtverordnetenwahl 2011 stieg die Beteiligung in den Hochburgen der GRÜNEN moderater als im übrigen Stadtgebiet (Tabelle 11).

Nur leichte CDU-Verluste

In den Hochburgen der GRÜNEN schneidet die Union traditionell nicht sonderlich gut ab, und auch diesmal lag sie mit 13,6 % deutlich hinter ihrem gesamtstädtischen Ergebnis (24,7 %). Offensichtlich gab es aber gegenüber 2011 nur leichte Verluste.

*GRÜNE
sind in ihren Hochburgen
die stärkste Kraft*

In ihren eigenen Hochburgen belegen die GRÜNEN Platz Eins - noch vor der SPD und mit weitem Vorsprung vor allen anderen Parteien. Der Verlust, den die Partei gegenüber der Stadtverordnetenwahl 2011 verkraften musste, fiel in ihren Vorranggebieten mit 6,6 Prozentpunkten allerdings drastischer aus als im gesamten Stadtgebiet (minus 5,1 Prozentpunkte).

*FDP in den Hochburgen der
GRÜNEN schwach*

Die Fürsprecher der Liberalen bilden in den Hochburgen der GRÜNEN seit jeher eine Minderheit. Das insgesamt gute Abschneiden der FDP am vergangenen Sonntag hat ihre Bedeutung dort zwar etwas befördert, doch fiel der Zuwachs in den GRÜNEN-Hochburgen vergleichsweise spärlich aus.

*AfD hat im GRÜNEN-Milieu
schweren Stand*

Lediglich 7,5 % der Stimmen konnte die AfD in den GRÜNEN-Hochburgen auf sich vereinen - gemessen an ihrem Gesamtergebnis ein schwacher Wert. Unter allen Parteihochburgen hat die AfD hier am schlechtesten abgeschnitten.

**Tab. 11:
Vorläufiges Ergebnis der Stadtverordnetenwahl 2016
in den Hochburgen der GRÜNEN**

	2016	Veränderung zu 2011	Zum Vergleich: Gesamtstadt
	%	%-Punkte	%
Wahlbeteiligung*	34,4	+ 0,9	36,7
Stimmenanteile für ...			
CDU	13,6	- 2,3	24,7
SPD	24,9	- 1,7	25,9
GRÜNE	28,2	- 6,6	14,1
LINKE	12,4	+ 4,9	6,2
FDP	6,2	+ 1,9	9,8
AfD	7,5	x	12,8

* Urnenwahlbeteiligung

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Hochburgen der LINKEN

LINKE-Hochburgen:

*Wahlbezirke Nr. 0152, 0153,
0623, 0624, 0812, 0813, 0822 bis
0824, 1541, 1663, 5321, 5322*

13 Wahlbezirke können als Hochburgen der LINKEN gelten. Allein der Ortsbezirk Westend/Bleichstraße ist mit fünf Wahlbezirken vertreten, die Bezirke Mitte, Rheingauviertel/Hollerborn und Kostheim jeweils mit zwei. Hinzu kommt jeweils ein Bezirk in Biebrich und Dotzheim.

*Prekäre soziale Verhältnisse,
starke Fluktuation*

Ähnlich wie in den Hochburgen der GRÜNEN lebt auch in den Vorranggebieten der LINKEN eine relativ junge Bevölkerung. Eine kurze Wohndauer an der aktuellen Anschrift und ein überdurchschnittlicher Migrantenanteil sind weitere Charakteristika der LINKE-Hochburgen. Risikofaktoren wie Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialtransfers sind stark ausgeprägt. Viele Bewohner stehen auf der Warteliste der städtischen Wohnungsvermittlung. Wohnungseigentum ist selten, und auch über ein Auto verfügen weniger Personen als in den Hochburgen der anderen Parteien.

*Wahlbeteiligung
besonders niedrig*

Charakteristisch für die Hochburgen der LINKEN war stets eine sehr niedrige Wahlbeteiligung. Auch am vergangenen Sonntag lag die Wahlbeteiligung (ohne Briefwahl) in den Vorranggebieten der LINKEN um fast zehn Prozentpunkte unter dem gesamtstädtischen Niveau. Im Vergleich zur Kommunalwahl von 2011 hat sich die Quote - schwächer als im Wiesbadener Trend - nur um 0,4 Prozentpunkte erhöht (Tabelle 12).

*CDU
mit Stimmenzuwachs*

Obwohl die CDU in den LINKEN-Hochburgen wieder deutlich schlechter abschnitt als anderswo (12,4 % gegenüber 24,7 % in ganz Wiesbaden), waren die Verluste mit 4,9 Prozentpunkten gegenüber 2011 weniger tragisch als in den Hochburgen der anderen Parteien.

SPD auf Platz Eins

Zwar besitzen LINKE und SPD keine gemeinsamen Hochburgen, doch nehmen die Sozialdemokraten in den Hochburgen der LINKEN den ersten Platz ein, blieben aber auch hier nicht von Verlusten verschont. Auf dem zweiten Platz rangieren die GRÜNEN, die hier auf einen Stimmenanteil von 22,9 % kommen.

*LINKE
mit Zuwachs vor allem in ihren
eigenen Hochburgen*

Analog zum Gesamtergebnis konnte die LINKE auch in ihren eigenen Hochburgen zulegen - dort sogar überproportional mit einem Plus von 4,8 Prozentpunkten (Stadt: plus 2,2 Prozentpunkte).

*AfD mit durchschnittlichem
Ergebnis*

Die AfD konnte in den Hochburgen der LINKEN 11,4 % der Wählerinnen und Wähler überzeugen - etwas weniger als im übrigen Stadtgebiet.

**Tab. 12:
Vorläufiges Ergebnis der Stadtverordnetenwahl 2016
in den Hochburgen der LINKEN**

	2016	Veränderung zu 2011	Zum Vergleich: Gesamtstadt
	%	%-Punkte	%
Wahlbeteiligung*	27,5	+ 0,4	36,7
Stimmenanteile für ...			
CDU	12,4	- 4,9	24,7
SPD	26,5	- 2,4	25,9
GRÜNE	22,9	- 5,7	14,1
LINKE	15,0	+ 4,8	6,2
FDP	4,4	+ 1,0	9,8
AfD	11,4	x	12,8

* Urnenwahlbeteiligung

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

*FDP-Hochburgen:
Wahlbezirke Nr. 0212 bis 0214,
0221, 0222, 0231, 0271, 0281,
0311, 0321, 0322, 0331, 0521,
0671, 1121, 1131, 1132, 1141,
1171*

Hochburgen der FDP

Auch die FDP verfügt über eine vergleichsweise große Anzahl an Hochburgen. Die 20 Wahlbezirke liegen in den Ortsbezirken Nordost (9), Südost (5) und Sonnenberg (5), dazu ein Wahlbezirk im Rheingauviertel/Hollerborn.

*Ausgeprägter Wohlstand,
ältere Bevölkerung*

Ähnlich den Hochburgen der CDU zeichnen sich die FDP-Hochburgen durch eine vergleichsweise alte Bevölkerung und durch einen geringen Migrantenanteil aus. Überwiegend handelt es sich um wohlhabende Viertel: Die Eigentümerquote ist hoch, die Arbeitslosigkeit sehr gering. Pro Kopf steht viel Wohnfläche zur Verfügung, und auf öffentlich geförderte Wohnungen ist kaum jemand angewiesen. Außerdem ist der Motorisierungsgrad, also die „Pkw-Dichte“, besonders hoch.

Hohe Wahlbeteiligung ...

Die Wahlbeteiligung in den liberalen Hochburgen erreichte 44,6 %, übertraf das gesamtstädtische Ergebnis (ohne Briefwahl) um rund acht Prozentpunkte und lag damit auf Platz Zwei hinter den CDU-Hochburgen (Tabelle 13).

*... und hohe Verluste
für die Union*

Die Stimmenanteile, die die CDU in den FDP-Hochburgen erzielte, deuten bereits auf Wanderungsbewegungen von der CDU zur FDP hin, musste doch die Union hier einen Verlust von 12,5 Prozentpunkten gegenüber 2011 hinnehmen. Die Einbußen waren viel gravierender als in anderen Wahlbezirken.

SPD ohne Veränderung

Von den gesamtstädtischen Stimmenverlusten blieb die SPD in den liberalen Hochburgen verschont, allerdings liegt der erzielte Stimmenanteil mit 17,1 % weit unter dem Gesamtergebnis der Sozialdemokraten.

*FDP glänzt
in ihren Hochburgen*

In den Parteihochburgen der Liberalen korrespondieren die hohen Verluste der CDU mit fast ebenso hohen Zugewinnen der FDP - Indiz für mögliche Wählerwanderungen. Dabei sind die Gewinne der FDP (plus 10,9 Prozentpunkte) hier mehr als doppelt so hoch wie im städtischen Schnitt (plus 4,8 Prozentpunkte).

*GRÜNE und LINKE
in den FDP-Gebieten*

Für die LINKE sind die Hochburgen der Freien Demokraten traditionell kein gutes Pflaster. Ihre Stimmenanteile sind dort niedriger als in Wiesbaden insgesamt. Die GRÜNEN hingegen, mit moderatem Abschlag gegenüber 2011, schneiden in den FDP-Hochburgen besser ab als im Wiesbadener Durchschnitt.

Tab. 13:
Vorläufiges Ergebnis der Stadtverordnetenwahl 2016
in den Hochburgen der FDP

	2016	Veränderung zu	Zum Vergleich:
	%	2011	Gesamtstadt
		%-Punkte	%
Wahlbeteiligung*	44,6	+ 1,2	36,7
Stimmenanteile für ...			
CDU	27,8	- 12,5	24,7
SPD	17,1	- 0,6	25,9
GRÜNE	15,5	- 3,4	14,1
LINKE	4,0	+ 1,9	6,2
FDP	20,3	+ 10,9	9,8
AfD	9,5	x	12,8

* Urnenwahlbeteiligung

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

► Fazit

- Die CDU verlor bei der Stadtverordnetenwahl im Vergleich zu 2011 in allen betrachteten Hochburgen - vor allem in ihren eigenen und - noch stärker - in denen der FDP.
- Die SPD musste ebenfalls Einbußen in den Hochburgen aller Parteien verkraften, am empfindlichsten in ihren eigenen und denen der GRÜNEN.
- Die FDP gewann flächendeckend, wobei die Zuwächse in den eigenen Hochburgen und denen der Union besonders üppig ausfielen.
- Die GRÜNEN vermochten in ihren eigenen Hochburgen nicht alle Anhänger zu überzeugen, konnten sich dort aber als stärkste politische Kraft positionieren.
- Dass sich das Wahlergebnis der LINKEN gegenüber 2011 nur wenig verändert hat, ist in den Hochburgen sämtlicher Parteien zu beobachten. Nennenswerte Zuwächse gab es nur in den eigenen Hochburgen sowie in denen der GRÜNEN.

- Die erstmals zur Kommunalwahl angetretene „Alternative für Deutschland“ (AfD) war in den Hochburgen der „etablierten“ Parteien unterschiedlich erfolgreich. Während sie in den Hochburgen der SPD ein überragendes Ergebnis erzielte, hat sie in den Vorranggebieten der GRÜNEN vergleichsweise schlecht abgeschnitten. Die räumliche Verteilung der AfD-Wähler lässt auf Ebene der Parteihochburgen ein ähnliches Muster wie das der SPD-Wähler erkennen. Gleichzeitig ist die (positive) Korrelation der Stimmenanteile zwischen AfD und SPD auf Wahlbezirksebene höher als mit den übrigen Parteien. Einen negativen Zusammenhang gibt es mit den Stimmenanteilen der FDP und - noch stärker - der GRÜNEN. Eindeutig ist auch die negative Korrelation mit der Wahlbeteiligung. Mit anderen Worten: Je niedriger die Wahlbeteiligung in einem Wahlbezirk, desto höher in der Regel der Zuspruch zur AfD.

Struktur der Wahlberechtigten und ihre Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

Die Zahl der Berechtigten zur Wahl der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung hat sich gegenüber den Kommunalwahlen 2011 um etwa 3 % auf etwas über 207 500 erhöht. Der Anstieg ist zum einen dem allgemeinen positiven Trend der demografischen Entwicklung in Wiesbaden geschuldet¹ und zum anderen - wie bereits im Kapitel "Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung" ausgeführt - durch die verstärkte Zuwanderung der letzten Jahre aus den ost- und südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU bedingt. Der Anteil der wahlberechtigten nicht-deutschen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger beträgt knapp 10 %. Tabelle 14 listet die fünf am stärksten vertretenen Staatsangehörigkeiten auf.

Tab. 14:
**Zahl der Wahlberechtigten bei Stadtverordnetenwahlen
und die am stärksten vertretenen Staatsangehörigkeiten**

Wahlberechtigte insgesamt	2011	201 768
	2016	207 552
darunter		
nicht-deutsche Wahlberechtigte ¹⁾ aus ...		
Polen	ca.	3 670
Italien	ca.	3 590
Griechenland	ca.	2 430
Rumänien	ca.	1 880
Bulgarien	ca.	1 520
Kroatien	ca.	1 450

1) Quelle: Einwohnermelderegister zum Stichtag 29.02.2016.
Werte gerundet, da kleinere Abweichungen zwischen Stich-
und Wahltag existieren.

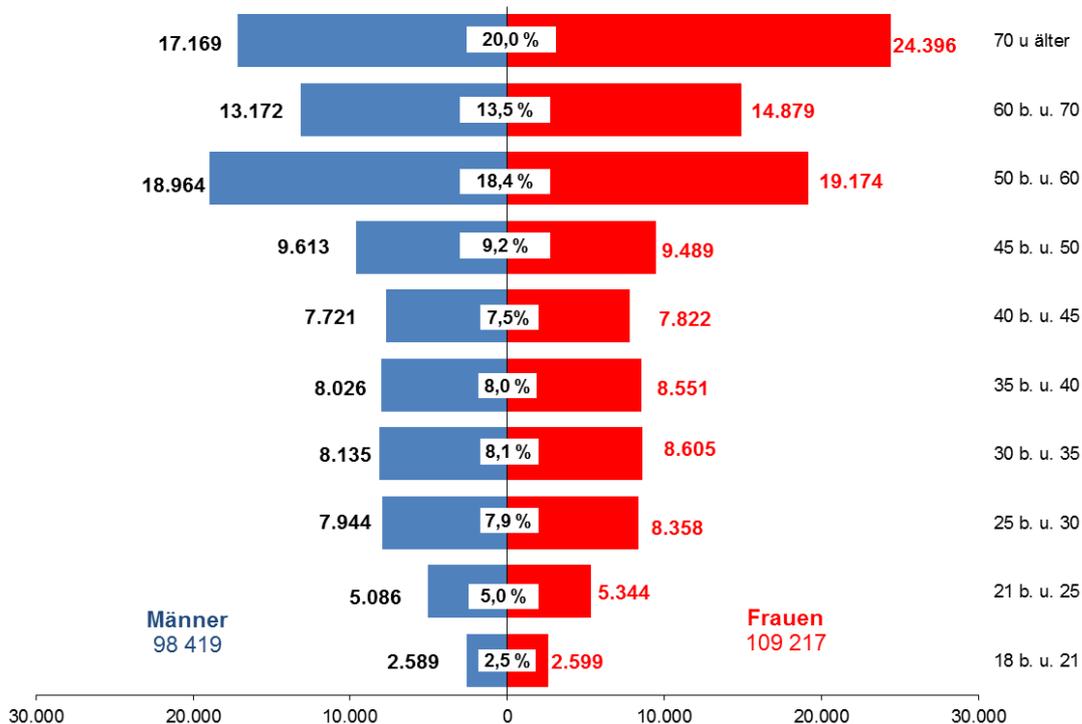
*Frauen ab 60
stellen fast ein Fünftel
aller Wahlberechtigten*

Etwa 88 % aller volljährigen Wiesbadenerinnen und Wiesbadener sind wahlberechtigt, wobei die Frauen einen leicht höheren Anteil - 52 % zu 48 % - ausma-

¹ Die Bevölkerungszahl in der Landeshauptstadt steigt seit der Jahrtausendwende durchschnittlich um aufgerundet 0.4 % pro Jahr. Für weitere Trends und Entwicklungen siehe Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Monitoring zum demographischen Wandel in Wiesbaden, Oktober 2012.

chen. Wie das Schaubild zum demografischen Aufbau der Wahlberechtigten² (Bild 5) zeigt, überwiegt der Anteil der Frauen sowohl insgesamt als auch in neun der zehn Altersgruppen - wobei die Differenz teilweise vernachlässigbar ist, wie beispielsweise in der Gruppe der 40- bis unter 45-Jährigen. Besonders ausgeprägt ist der Unterschied in der Gruppe der 70-Jährigen und Älteren, von denen 24 396 (58,7 %) weiblich sind. Die Altersverteilung aller Wahlberechtigten zeigt zudem einen deutlichen Schwerpunkt bei den älteren Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern: Senioren ab 60 Jahren machen über ein Drittel (33,5 %) der Wahlberechtigten aus; gut die Hälfte ist 50 Jahre und älter. Dagegen stellen die jüngsten Gruppen (18 bis 20 Jahre und 21 bis 24 Jahre) lediglich 2,5 bzw. 5 % aller Wahlberechtigten.

Bild 5:
Wahlberechtigte nach Altersgruppen und Geschlecht
bei der Kommunalwahl 2016



Stichtag 3. März 2016

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

² Die Daten über die Struktur der Wahlberechtigten sind stichtagsbezogen. Die Abweichung zwischen der Anzahl Wahlberechtigter am Stichtag 3. März und am Wahltag 6. März beträgt lediglich 84 Personen.

4 300 Erstwähler

Erstmals an einer Kommunalwahl konnten etwa 12 300 sogenannte Jungwähler³ teilnehmen - darunter etwas über 4 300 erstmalig wahlberechtigte Wiesbadenerinnen und Wiesbadener.

Allein aufgrund dieser demografischen Zusammensetzung der Bürgerschaft sind die Möglichkeiten, den Ausgang der beiden Wahlen zu beeinflussen, nicht gleichmäßig auf die Altersgruppen und auf Männer und Frauen verteilt. Verstärkt wird dieses „strukturelle Ungleichgewicht“ durch die Tatsache, dass die Wahlbereitschaft je nach Alter und Geschlecht unterschiedlich ausgeprägt ist. Diese Unterschiede lassen sich über die *repräsentative Wahlstatistik* empirisch belegen.

Repräsentative Wahlstatistik

In Wiesbaden wird die repräsentative Wahlstatistik in 14 von 189 Wahlbezirken durchgeführt. Briefwahlbezirke sind nicht einbezogen. Die Stichprobe im Rahmen der Kommunalwahl umfasst rund 15 850 Wahlberechtigte, was einem Auswahlsatz von knapp 8 % entspricht. In den 14 ausgewählten Wahlbezirken wird mit Stimmzetteln gewählt, die einen Unterscheidungsaufdruck für Geschlecht und sechs Altersgruppen tragen. Somit lässt sich die Stimmabgabe eindeutig einer geschlechtsspezifischen Altersgruppe zuordnen. Die Größe der ausgewählten Wahlbezirke stellt sicher, dass durch die Differenzierung der Stimmzettel das Wahlgeheimnis nicht verletzt wird.⁴

³ Als **Jungwähler** werden Wählerinnen und Wähler bezeichnet, die erstmals an der stattfindenden Wahlart teilnehmen - also hier erstmalig an einer Kommunalwahl. Als **Erstwähler** werden diejenigen bezeichnet, die zum ersten Mal an einer Wahl teilnehmen.

⁴ Die Auszählung dieser Stimmzettel für die repräsentative Wahlstatistik wird zudem nicht in den Wahllokalen vorgenommen, sondern örtlich und zeitlich davon getrennt im Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik. Die Umsetzung der repräsentativen Wahlstatistik und die Grenzen der Auswertung im Rahmen der Kommunalwahlen regelt das Hessische Kommunalwahlgesetz in § 66.

Tab. 15:
Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen
bei der Kommunalwahl 2016 und der Kommunalwahl 2011

Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

in %

Altersgruppen in Jahren	Von 100 Wahlberechtigten beteiligten sich ... (Wahlbeteiligung in %)								
	Männer			Frauen			Insgesamt		
	KW 2016	KW 2011	Veränderung in %-Pkt. 1)	KW 2016	KW 2011	Veränderung in %-Pkt. 1)	KW 2016	KW 2011	Veränderung in %-Pkt. 1)
18 b. u. 21	28,7	35,1	- 6,4	31,1	33,8	- 2,7	29,9	34,4	- 4,5
21 b. u. 25	21,2	22,2	- 1,0	27,8	24,9	+ 2,9	24,7	23,6	+ 1,1
25 b. u. 30	30,4	21,9	+ 8,5	29,5	22,3	+ 7,2	29,9	22,1	+ 7,8
30 b. u. 35	34,2	28,5	+ 5,7	35,9	26,5	+ 9,4	35,1	27,5	+ 7,6
35 b. u. 40	35,5	32,0	+ 3,5	35,3	31,5	+ 3,8	35,4	31,7	+ 3,7
40 b. u. 45	40,5	36,7	+ 3,8	42,1	39,0	+ 3,1	41,3	37,8	+ 3,5
45 b. u. 50	44,0	39,7	+ 4,3	46,6	41,4	+ 5,2	45,3	40,5	+ 4,8
50 b. u. 60	48,9	43,5	+ 5,4	47,4	44,5	+ 2,9	48,2	44,0	+ 4,2
60 b. u. 70	56,8	52,3	+ 4,5	52,3	51,3	+ 1,0	54,4	51,8	+ 2,6
70 Jahre u. älter	58,9	56,8	+ 2,1	54,0	50,2	+ 3,8	56,0	53,0	+ 3,0
Insgesamt	44,6	40,3	+ 4,3	44,1	40,1	+ 4,0	44,3	40,2	+ 4,1
Zum Vergleich:							43,4	41,2	+ 2,2
Stadt Wiesbaden									
insgesamt									

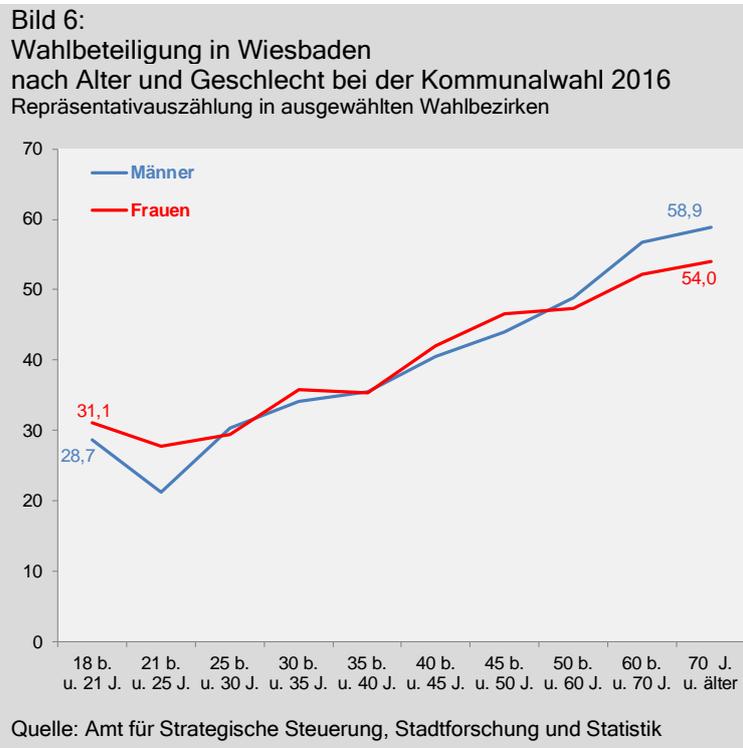
1) Veränderung Kommunalwahl 2016 gegenüber Kommunalwahl 2011.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

*Wahlbeteiligung von Männern
und Frauen fast identisch*

Ogleich die Frauen unter den Wahlberechtigten die größere Gruppe bilden, liegt ihre Wahlbeteiligung regelmäßig unter der der Männer. Gegenüber der letzten Wahl hat sich die Differenz allerdings auf vernachlässigbare 0,5 Prozentpunkte verringert. Bei der Betrachtung über die Altersgruppen wird deutlich, dass es sich bei diesem Muster um ein Generationsphänomen handelt: Bei den jüngeren Wahlberechtigten (unter 35 Jahre) haben sich Frauen stärker an der Wahl beteiligt als Männer. Zwischen 35 und 60 Jahren ist der Unterschied nur sehr gering, und erst bei den Älteren kehrt sich das Verhältnis zugunsten der Männer um. Besonders auffällig ist die Differenz bei den 70-Jährigen und Älteren, sowie in der Gruppe der 21- bis unter 25-Jährigen: Bei den Älteren machten 58,9 % der Männer, aber nur 54 % der Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch, während in der jüngeren Gruppe der Abstand 6,6 Prozentpunkte zu Gunsten der Wählerin-

nen beträgt. Bild 6 veranschaulicht diese Abweichungen.



Einflussfaktor Alter

Entscheidender als das Geschlecht war und ist aber der Faktor „Alter“. Häufig wird als Prinzip formuliert, dass mit zunehmendem Lebensalter das politische Engagement ansteigt. Unklar ist aber, ob diese Beobachtung auf einen Lebenszykluseffekt zurückzuführen ist, oder ob es sich um ein Generationsphänomen handelt. Letzteres würde bedeuten, dass die heute jüngeren Nichtwähler in 30 Jahren lediglich ältere Nichtwähler werden. Eine regelmäßige Ausnahme des Musters, die auch in diesem Wahlgang zu beobachten ist, deutet auf das Wirken eines Lebenszykluseffektes: Die geringste Wahlbereitschaft hat nicht die jüngste, sondern die zweitjüngste Altersgruppe (21 bis unter 25 Jahre). Eine weitere Ausnahme des Musters bildete in der Vergangenheit der Umstand, dass die höchste Beteiligungsquote in der Gruppe der 60- bis unter 69-Jährigen lag. Dem ist bei der Kommunalwahl 2016 nicht so. Am 6. März hatte die Altersgruppe der über 70-Jährigen mit 56 % die höchste Beteiligungsquote. Die Betrachtung der Wahlbeteiligung über die Altersgruppen folgt somit -

bis auf eine Ausnahme - dem oben formulierten Prinzip: Je älter die Wahlberechtigten, umso höher auch die Wahlbeteiligung.

*Veränderungen
gegenüber 2011*

Gegenüber der letzten Kommunalwahl vor fünf Jahren ist die Wahlbeteiligung um 2,2 Prozentpunkte gestiegen; in den repräsentativen Wahlbezirken betrug die Differenz 4,1 Prozentpunkte. Starke Zuwächse - jeweils über 7 Prozentpunkte - sind in den Altersgruppen 25 bis unter 30 Jahren und der Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen zu beobachten.

*Schwindendes Interesse
bei den Jungwählern*

Vor allem unter den jüngsten Wahlberechtigten (unter 21 Jahre) sank das Interesse; in dieser Gruppe fiel die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2011 um fast 5 Prozentpunkte.

Dabei waren die jungen Männer noch schwerer in die Wahllokale zu locken als die jungen Frauen.

Wie ausgeprägt die politischen Einflussmöglichkeiten der einzelnen demografischen Bevölkerungsgruppen aufgrund der unterschiedlichen Wahlbereitschaft sind, zeigt die Modellrechnung in Tabelle 16.

*Jüngere Wahlberechtigte
„verschenken“ politisches
Einflusspotential*

Sie dokumentiert das überproportionale Einflusspotential der älteren Wahlberechtigten. So machen die 70-Jährigen und Älteren knapp 20 % der Wahlberechtigten und sogar fast 25 % der Wähler aus. Und auch die anderen Altersgruppen ab 50 Jahren aufwärts sind unter den Wählern stärker vertreten als unter den Wahlberechtigten. Umgekehrt fällt die Mitgestaltungskraft der jüngeren Generation mangels Beteiligung noch einmal geringer aus, als sie es angesichts des Altersaufbaus der Bevölkerung sowieso schon ist.

Tab. 16:
Wahlberechtigte und Wähler nach Altersgruppen
bei der Kommunalwahl 2016

Altersgruppen in Jahren	Wahl- berechtigte ¹⁾	Wahl- beteiligung in % ²⁾	Wähler ³⁾	in % der		Differenz der Anteils- werte
				Wähler	Wahl- be- rechtigten	
18 b. u. 21	5.188	29,9	1.553	1,7	2,5	- 0,8
21 b. u. 25	10.430	24,7	2.581	3,1	5,5	- 2,4
25 b. u. 30	16.302	29,9	4.878	5,6	8,3	- 2,7
30 b. u. 35	16.740	35,1	5.869	6,8	8,6	- 1,8
35 b. u. 40	16.577	35,4	5.872	6,2	7,7	- 1,6
40 b. u. 45	15.543	41,3	6.421	6,9	7,4	- 0,5
45 b. u. 50	19.102	45,3	8.649	8,9	8,7	+ 0,2
50 b. u. 60	38.138	48,2	18.371	20,6	18,9	+ 1,6
60 b. u. 70	28.051	54,4	15.263	16,4	13,4	+ 3,0
70 Jahre u. älter	41.565	56,0	23.288	23,9	18,9	+ 5,0
Zusammen	207.636	44,3	90.107	100	100	

1) Stichtag: 3. März 2016

2) Grundlage: Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

3) Hochrechnung auf Basis der Repräsentativauszählung. Aufgrund des Unterschieds der Wahlbeteiligung in der Stichprobe weicht die Summe der Wähler nach Altersgruppen von der Zahl der tatsächlichen Wähler insgesamt ab.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

► Fazit

Die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl war unter den Männern nur geringfügig höher als unter den Frauen. Tendenziell steigt die Teilnahmequote mit zunehmendem Alter an. Besonders wahlaktiv waren die beiden Gruppen der über 60-Jährigen, während in der zweitjüngsten Altersgruppe (21 bis 24 Jahre) mit einer Beteiligung von 24,7 % nur gut jede(r) vierte Wahlberechtigte Interesse an der Wahlteilnahme zeigte. Die Repräsentanz der Älteren ist unter den Wählern noch größer als unter den Wahlberechtigten, ihr politischer Einfluss somit überproportional hoch.

Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht

Repräsentative Wahlstatistik

Neben dem Einblick in die alters- und geschlechtsspezifische Wahlbeteiligung ermöglicht die Auswertung der repräsentativen Wahlstatistik auch eine differenzierte Betrachtung des Abstimmungsverhaltens. Über die Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik konnte das Wahlverhalten von etwas über 5 000 Wählerinnen und Wählern erfasst werden. In den 14 ausgewählten Wahlbezirken wird mit Stimmzetteln gewählt, die einen Unterscheidungsaufdruck für Geschlecht und sechs Altersgruppen tragen. Somit lässt sich die Stimmabgabe eindeutig einer geschlechtsspezifischen Altersgruppe zuordnen. Die repräsentative Wahlstatistik wurde nur für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung durchgeführt.

Die Auswertung der repräsentativen Wahlstatistik erfolgt grundsätzlich aus **zwei Perspektiven**:

a) Die Unterscheidung der Parteipräferenzen in den Altersgruppen und nach Geschlecht

Die Auswertung nach den Anteilen innerhalb der Gruppen zeigt im Idealfall, ob es den Parteien gleichmäßig gelingt, in den Gruppen für ihre Positionen Unterstützung zu generieren oder ob sich gruppenspezifische Schwerpunkte bilden. Relevant für die Interpretation ist immer die Relation des in der Teilgruppe erzielten Wahlergebnisses zum Gesamtergebnis der Partei.

b) Die demografische Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien und Wählergruppen

Die Betrachtung der demografischen Zusammensetzung der Wählerschaft ermöglicht Aussagen über Strukturen der Anhängerschaften, identifiziert potentielle Klientele und beantwortet die Frage, inwieweit das jeweilige Elektorat die Strukturen in der gesamten Wählerschaft widerspiegelt, bzw. welche Grup-

pen in einer Partei überrepräsentiert sind. Wichtig für die Interpretation ist hierbei die Relation von gruppenspezifischem Anteil innerhalb der Partei zum gruppenspezifischen Anteil innerhalb aller Wählerinnen und Wähler.

Tabelle 17 fasst zunächst die Ergebnisse der Auswertung des Wahlverhaltens nach Altersgruppen und Geschlecht für die sechs stärksten Parteien und Wählergruppen zusammen.

Tab. 17:
Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht
bei der Kommunalwahl 2016

Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

	CDU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	AfD
gültige Stimmen in Zeilenprozent						
Frauen	26,3	28,7	15,4	5,4	8,2	10,0
Männer	23,3	26,0	11,5	7,9	7,8	17,4
Insgesamt	24,8	27,4	13,5	6,6	8,0	13,6
18 - 24 Jahre	14,7	35,9	17,6	9,6	3,8	10,9
25 - 34 Jahre	19,1	24,0	18,3	11,9	7,9	9,7
35 - 44 Jahre	18,4	25,3	19,0	8,8	7,8	14,2
45 - 59 Jahre	22,5	25,7	15,7	6,2	7,6	16,2
60 - 69 Jahre	22,7	31,9	11,4	6,5	8,1	14,5
70 Jahre u älter	40,5	27,8	4,0	2,1	9,8	11,5
Stadtergebnis						
nur Urnenwahl- ergebnis	22,9	26,5	14,7	6,7	9,2	13,5
Gesamtergebnis (einschl. Briefwahl)	24,7	25,9	14,1	6,2	9,8	12,8

Lesebeispiel

19,1 % der 25- bis 34-Jährigen haben die CDU gewählt.

24,0 % der Wählerinnen und Wähler in dieser Altergruppe haben ihre Stimme der SPD gegeben.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

*CDU
punktet nur bei
bei den Senioren*

Aus der Tabelle 17 ist relativ schnell zu erkennen, in welchen Altersgruppen die Parteien erfolgreich um die Wählergunst werben konnten. In der Gruppe der Senioren dominiert die CDU: leicht über 40 % der Stimmen entfallen bei den über 70-Jährigen auf die Christdemokraten. In keiner anderen Altersgruppe erreicht die Union allerdings annähernd so hohe Anteilswerte. In den drei Altersgruppen unter 45 Jahren schafft es die CDU noch nicht einmal, ein Fünftel der Stimmen auf sich zu verbuchen.

*SPD
stark in den jüngeren Alters-
gruppen*

Für die SPD zeigt sich ein wesentlich homogeneres Bild: Die Stimmenanteile sind relativ gleichmäßig über die Altersgruppen verteilt. Den geringsten Stimmenanteil erreichen die Sozialdemokraten mit 24 % in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen. Mit fast 36 % erzielt die SPD den höchsten Stimmenanteil in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen: Keine Partei ist bei den Jüngsten beliebter.

Tab. 18:
**Veränderungen im Wahlverhalten
gegenüber der Kommunalwahl 2011**
Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

	CDU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	AfD
Veränderungen in Prozentpunkten						
Frauen	-7,7	0,4	-7,6	1,8	4,8	x
Männer	-6,9	-3,7	-7,7	2,5	3,5	x
Insgesamt	-7,3	-1,6	-7,6	2,1	4,2	x
18 - 24 Jahre	-5,4	4,7	-7,6	6,0	-0,3	x
25 - 34 Jahre	-3,8	0,1	-11,1	7,0	3,2	x
35 - 44 Jahre	-9,2	4,7	-12,9	4,6	3,0	x
45 - 59 Jahre	-1,2	-4,0	-11,7	-0,7	4,0	x
60 Jahre und älter	-13,1	-3,7	-0,7	1,3	5,8	x
Stadtergebnis						
nur Urnenwahl- ergebnis	-8,7	-2,9	-5,3	2,4	4,6	x
Gesamtergebnis (einschl. Briefwahl)	-8,0	-3,0	-5,0	2,1	4,8	x

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

Die Veränderungen im Wahlverhalten gegenüber den Kommunalwahlen 2011 (siehe Tabelle 18) verdeutlichen das Zustandekommen des Ergebnisses: Die Union verliert in allen Altersgruppen, wobei der hohe Verlust in der Gruppe der über 60-Jährigen¹ besonders kritisch für die Christdemokraten ist. In der Vergangenheit gehörten die älteren Wählerinnen und Wähler zu den treuesten Anhängern der Union.

Zwar verliert die SPD im Vergleich zu 2011 auch bei den älteren Wählerinnen und Wählern, kann aber stärkeren Zuspruch in der Gruppe der 35- bis 44-Jährigen sowie der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen generieren und damit die Verluste abfedern.

Während die FDP in allen Altersgruppen relativ gleichmäßig Stimmenanteile erzielen kann (siehe Tabelle 17), punkten die GRÜNEN vor allem bei den Wählerinnen und Wählern unter 45 Jahren. In diesen Gruppen liegen die Anteile weit über dem Gesamtergebnis. Seniorinnen und Senioren stehen den GRÜNEN eher skeptisch gegenüber.

Für DIE LINKE votierte die Gruppe der jüngeren Erwerbsfähigen (25- bis 34-Jährige) in überdurchschnittlichem Maße, während die Partei von den Seniorinnen und Senioren ab 70 kaum Zuspruch erhält.

Die große Unbekannte stellte im Vorfeld der Wahl die AfD dar. Wenige empirisch gesicherte Informationen über die Wiesbadener Anhängerschaft sind bekannt - was zunächst daran liegt, dass die AfD eine junge Partei ist und zweitens auch daran, dass seit der Abspaltung der ALFA im Frühjahr 2015 keine Wahlen in Wiesbaden stattgefunden haben. Die Auswertungen der repräsentativen Wahlstatistik zeigt hinsichtlich der Altersverteilung ein ausgewogenes Bild: Starken Rückhalt - relativ zum Gesamtergebnis der Partei - generiert die AfD in den drei Altersgruppen zwischen 35 und 69 Jahren. Es fällt zudem

¹ Die Definition der Altersgruppe im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik wurde zur Bundestagswahl 2013 um die Altersgruppe der über 70-Jährigen erweitert. Daher werden bei obigem Vergleich zur Kommunalwahl 2011 in Tabelle 18 die Altersgruppen 60- bis 69 Jahre und die Gruppe der über 70-Jährigen zusammengefasst.

auf, dass auch in der Gruppe der über 70-Jährigen sowie in den beiden jüngsten Altersgruppen zwischen 10 und knapp 12 % erzielt werden.

Betrachtet man das Ausmaß der Verluste der CDU in den älteren Altersgruppen, liegt hier natürlich die Vermutung auf der Hand, dass eine Wählerwanderung der Älteren von der CDU zur AfD stattgefunden haben könnte.²

Bei der Betrachtung des Ergebnisses der AfD fällt zudem auf, dass die Partei wesentlich stärker bei den Männern abschneidet: 17 % der Wähler haben sich für die AfD entschieden, aber nur 10 % der Wählerinnen.

Struktur der Wählerschaft

Neben der Information, welche Stimmenanteile die Parteien in den jeweiligen Altersgruppen erreichen konnten, ermöglicht die repräsentative Wahlstatistik zudem die detaillierte Auswertung der Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien. Hierbei steht die Frage im Mittelpunkt, welchen Anteil eine Altersgruppe in der Wählerschaft einer Partei einnimmt. Tabelle 19 fasst diese Ergebnisse zusammen, wobei zu Vergleichszwecken auch die Zusammensetzung der gesamten Wählerschaft nach den demografischen Merkmalen aufgeführt ist.

Die CDU ergraut, ...

Die anteilsstärkste Altersgruppe innerhalb aller Wahlberechtigten in Wiesbaden stellen mit einem Anteil von 27,6 % die 45- bis unter 60-Jährigen. Unter den Wählerinnen und Wählern ist diese Gruppe zudem mit 29,4 % leicht überrepräsentiert - das heißt, es waren mehr Wählerinnen und Wähler aus dieser Altersgruppe an der Urne als diese Gruppe anteilig an allen Wahlberechtigten stellt. Demzufolge bildet diese Altersgruppe in fast allen Parteien die größte Gruppe innerhalb der Wählerschaft. Einzige Ausnahme bildet die CDU, deren Altersverteilung eine deutliche Schiefelage zu Gunsten der Älteren aufweist: Die größte Gruppe im Elektorat der Union stellen die über 60-Jährigen. 48 % der CDU-Wählerinnen und Wähler sind

² Eine ausführliche Analyse der Wählerwanderungen bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung wird das Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik in Kürze vorlegen.

*die SPD tut es ihr nach,
repräsentiert aber besser
die Struktur der gesamten
Wählerschaft ...*

*und die GRÜNEN
präsentieren sich als Partei
der mitten im Erwerbsleben
Stehenden*

über 60 Jahre, während lediglich 23 % jünger als 45 Jahre sind. Zum Vergleich - innerhalb der Gruppe der Wählerinnen und Wähler sind 30 % unter 45, während 40 % über 60 Jahre sind. In der Gruppe aller Wahlberechtigten sind 40 % unter 45 und 32 % über 60 Jahre. Im krassen Gegensatz dazu verteilen sich 74 % der Anhänger der GRÜNEN auf die Altersgruppen zwischen 25 und 59 Jahren, während der Anteil der Gruppen der über 60-Jährigen etwa ein Fünftel des Elektorats ausmacht. Bei den GRÜNEN fällt zudem auf, dass wesentlich mehr Frauen der Partei zugetan sind als Männer: die Differenz beträgt 16,6 Prozentpunkte. Die Struktur der Wählerschaft der SPD unterscheidet sich nur geringfügig von der Struktur der CDU-Anhänger - obgleich weniger schief verteilt und damit repräsentativer für die Gesamtstruktur der Wählerinnen und Wähler: Die SPD hat mit fast 40 % ebenfalls einen relativ hohen Anteil von Wählerinnen und Wählern in den Altersgruppen über 60 Jahren, während 30 % jünger als 45 Jahre sind.

Tab. 19:
**Struktur der Wählerschaft der Parteien nach Alter und Geschlecht
bei der Kommunalwahl 2016**

Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

	Wahl- be- rechtigte	Wähler /-innen	CDU	SPD	GRÜNE	LINKE	FDP	AfD
			gültige Stimmen in Spaltenprozent					
Frauen	52,4	52,1	54,1	53,5	58,3	41,5	52,3	37,4
Männer	47,6	47,9	45,9	46,5	41,7	58,5	47,7	62,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
18 - 24 Jahre	8,1	4,8	3,1	6,8	6,8	7,5	2,5	4,2
25 - 34 Jahre	17,0	12,4	9,4	10,7	16,6	21,9	12,0	8,6
35 - 44 Jahre	15,1	13,1	10,5	13,0	19,9	18,7	13,8	14,8
45 - 59 Jahre	27,6	29,4	28,7	29,9	37,0	29,7	30,2	37,8
60 - 69 Jahre	13,4	16,4	14,7	18,7	13,5	15,7	16,3	17,1
70 Jahre u älter	18,9	23,9	33,7	20,9	6,2	6,5	25,3	17,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

Lesebeispiel

28,7 % der gültigen Stimmen für die CDU stammen aus der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen.
58,3 % der gültigen Stimmen für die GRÜNEN stammen von Frauen.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

*Anhänger der FDP
repräsentieren am ehesten
die Gesamtstruktur
aller Wählerinnen und Wähler*

Wie schon bei der vorangegangenen Betrachtung des Zuspruchs der Parteien in den jeweiligen Altersgruppen fällt bei der FDP auf, dass sich das Elektorat relativ gleichmäßig verteilt. Bis auf die jüngste Gruppe spiegelt die Zusammensetzung der FDP-Wählerinnen und -Wähler gut die Altersverteilung der gesamten Wählerschaft wider.

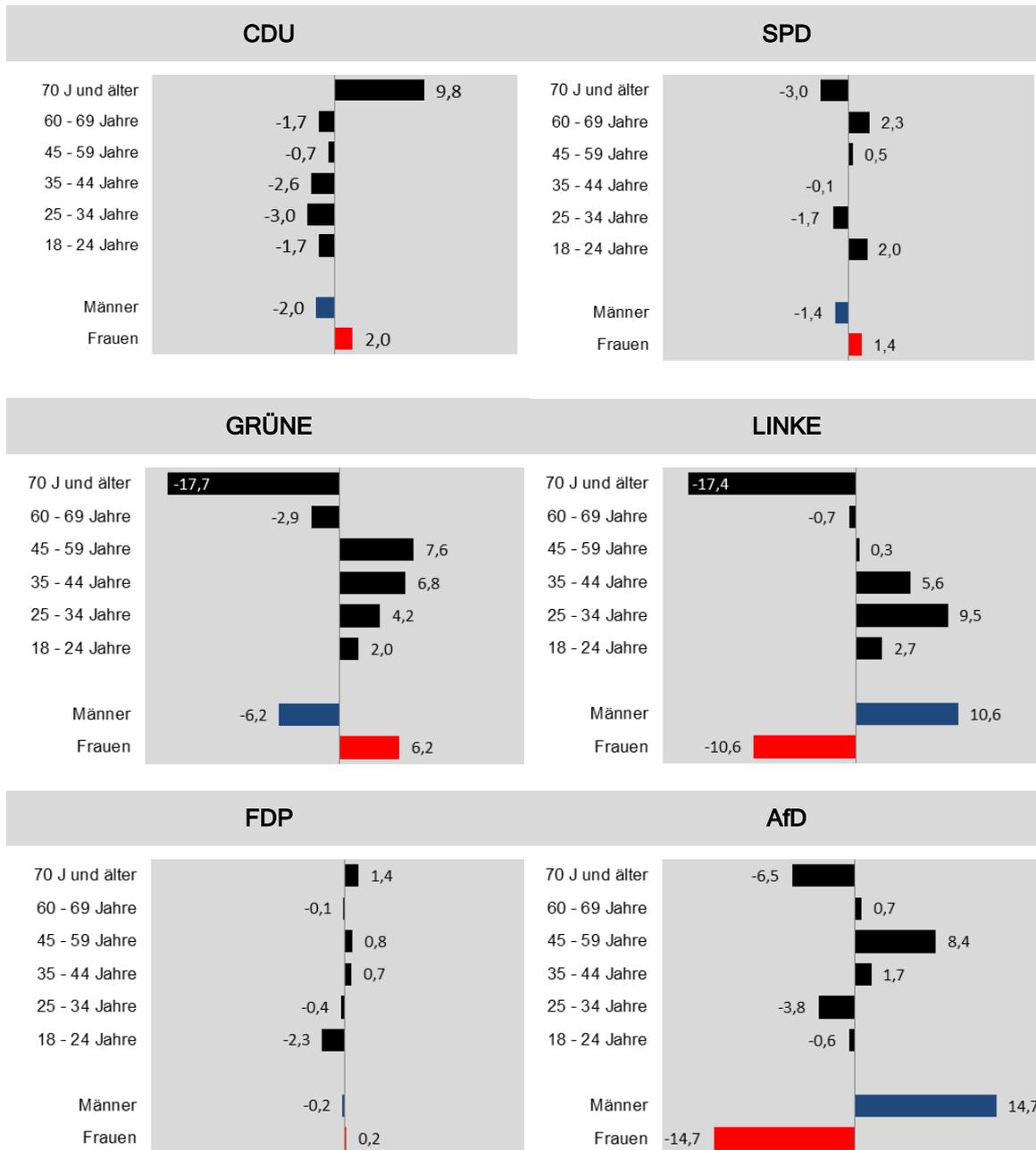
Das Elektorat der LINKEN hat einen deutlichen Schwerpunkt bei den 25- bis 59-Jährigen. Auffallend ist zudem, dass die beiden jüngsten Altersgruppen deutlich überrepräsentiert sind und dass Wähler die Anhängerschaft dominieren. Der Abstand zwischen den Geschlechtern beträgt 17 Prozentpunkte.

*AfD weist eine ausgewogene
Altersverteilung
aber männlich dominiertes
Elektorat auf, ...*

Für die Zusammensetzung der Wählerschaft der AfD lässt sich zunächst festhalten, dass mit 62,6 % die große Mehrheit der Anhängerschaft Männer sind. Stark überrepräsentiert ist die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen, während die beiden jüngsten Gruppen gerade einmal 12 % des Elektorats stellen.

Folgendes Bild 7 veranschaulicht die Überrepräsentation einzelner Gruppen in den Anhängerschaften der Parteien. Liegen die Ausschläge nahe bei null bedeutet dies, dass die Anhängerschaft der Partei ein repräsentatives Abbild der demografischen Struktur der gesamten Wählerschaft bildet. Große positive Ausschläge charakterisieren die Überrepräsentation einer Gruppe und deuten auf ein demografisches Klientel, während negative Ausschläge eventuell auf ein brachliegendes Potential hinweisen.

Bild 7:
Abweichung der gruppenspezifischen Anteile in der Wählerschaft der Parteien
zur demografischen Struktur aller Wählerinnen und Wähler
Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken



Lesebeispiel:

Die Differenz zwischen dem Anteil der über 70-Jährigen in der gesamten Wählerschaft und innerhalb der Anhängerschaft der CDU beträgt 9,8 Prozentpunkte. Das heißt, die Gruppe der über 70-Jährigen ist überproportional stark in der Anhängerschaft der Union vertreten.

Die Abweichung von -10,6 Prozentpunkten der Frauen bei den LINKEN deutet darauf, dass die Themen und Positionen der Partei stärker von männlichen Wählern unterstützt werden.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

► Fazit

Der Umstand, dass die ältere Generation demografisch einen hohen Anteil an den Wahlberechtigten stellt, die Älteren auch fleißige Wähler sind und eher zur Wahl gehen als die Jüngeren, kommt - trotz der Verluste - vor allem der CDU und - wenn auch in leicht abgeschwächter Form - der SPD zugute. In der Summe ist die Altersverteilung bei den Anhängern der SPD tendenziell ausgeglichener als bei den Christdemokraten.

Ein Elektorat, das kaum von der demografischen Struktur der gesamten Wählerschaft abweicht, weist die FDP auf. Die GRÜNEN und auch die LINKEN haben einen stärkeren Rückhalt bei den jüngeren Altersgruppen und leiden unter der mangelnden Mobilisierung dieser Altersgruppen. Zudem bildet bei beiden Parteien die Gruppe der 45- bis 59-Jährigen das Rückgrat der Anhängerschaft. Die AfD generiert ihren Zuspruch insbesondere in der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen, wobei die Anhänger aber auch über die anderen Altersgruppen relativ gleichmäßig verteilt sind. Eine Schiefverteilung der Struktur der AfD-Anhängerschaft ergibt sich aus dem starken Überhang männlicher Unterstützer. Zukünftige Wahlen werden zeigen, wie stabil dieses Muster ist.

Ergebnisse der Ortsbeiratswahlen im Überblick

Wie 2011 kandidierten beide Volksparteien bei allen Ortsbeiratswahlen, die GRÜNEN bei 16 (+1), während die Freien Demokraten bei 20 Ortsbeiratswahlen antraten, eine Kandidatur weniger als 2011. Die LINKE wollte diesmal in sieben Stadtteilparlamente einziehen, die PIRATEN in zwei. AUF AKK konzentrierten sich auf „K und K“, nämlich Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim, während alle weiteren sich auf jeweils einen Stadtteil beschränkten.

Wie die einzelnen Parteien nun bei welchen Konstellationen und Mitkonkurrenten abgeschnitten haben, ist der Tabelle 22A im Anhang zu entnehmen.

Insgesamt waren in den Ortsbeiräten wieder 288 Sitze zu vergeben, um die sich insgesamt 825 (2011: 952) Kandidaten auf den Stimmzetteln bewarben¹. Auffällig ist diesmal, dass es den Parteien und Wählergruppen zunehmend schwerer zu fallen scheint, genügend Bewerber für die Ortsbeiräte zu finden. In vielen Fällen wurden die möglichen Listenplätze nicht ausgereizt.

Der am stärksten umkämpfte Stadtbezirk war diesmal wieder das Westend, hier hatten die Bürgerinnen und Bürger die Auswahl zwischen 60 Bewerbern auf 6 Listen, gefolgt von Nordost mit 56 Bewerbern auf 5 Listen.

Die geringste Anzahl an Bewerbern/-innen wurde für die Ortsbeiräte Heßloch und Medenbach aufgestellt (10 bzw. 13).

Wie sich die Sitze auf die einzelnen Parteien und Wählergruppen in den 26 Ortsbeiräten verteilen, ist auf der nächsten Seite dokumentiert, aus dem zeitlichen Vergleich von 2011 und 2016 lassen sich die Veränderun-

¹ Teilweise enthalten Wahlvorschläge auch mehr Bewerber als Listenplätze zur Verfügung stehen, diese erscheinen dann nicht auf dem Stimmzettel, können aber nachrücken.

gen erkennen. Darüber hinaus sind die Abstimmungsergebnisse für die einzelnen Bewerber/-innen in den 26 Ortsbeiräten ab Tabelle 23A im Anhang zu entnehmen. Das Wahlergebnis der Ortsbeiratswahlen lässt sich so zusammenfassen: Die CDU verlor 13 Mandate und entsendet jetzt noch 90 Ortsbeiratsmitglieder. Die SPD ist auch bei den Ortsbeiräten stärkste Partei mit 104 Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern. Die GRÜNEN verlieren 6 Mandate auf jetzt 33, die LINKE legt von 8 auf 11 Sitze zu. Aber der Wahlgewinner bei den Ortsbeiräten ist die FDP, die sich von 14 auf 32 Mandate verbessert.

Im Ortsbezirk Sonnenberg wuchs die Bevölkerung über die Einwohnergrenze; damit vergrößerte sich nach der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden der Ortsbeirat um zwei Sitze, in Delkenheim ging hingegen die Bevölkerung unter die Schwelle zurück, sodass sich der Ortsbeirat dort um zwei Sitze verkleinert. Dies ist bei der Bewertung der Gewinne und Verluste zu berücksichtigen.

Tab. 20:
Sitzverteilung in den 26 Ortsbeiräten nach dem vorläufigen Wahlergebnis 2016
- Vergleich mit der entsprechenden Wahl 2011

Ortsbezirk	Sitze insgesamt		Davon entfielen auf ...											
			CDU		SPD		GRÜNE		DIE LINKE		FDP		Sonstige	
	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011
Mitte	15	15	3	4	4	4	4	5	2	1	2	1	x	x
Nordost	15	15	5	6	3	3	3	3	1	1	3	2	x	x
Südost	15	15	4	5	4	4	3	4	1	1	3	1	-	-
Rheingauv., H.	15	15	3	4	5	5	4	4	x	1	2	1	1	-
Klarenthal	15	15	4	5	7	7	1	2	x	x	3	1	x	x
Westend, B.	15	15	2	2	4	4	4	5	3	1	1	1	1	2
Sonnenberg	11	9	4	4	3	2	x	x	x	x	3	1	1	2
Bierstadt	15	15	5	7	5	6	2	x	1	1	2	1	x	x
Erbenheim	11	11	4	4	6	6	x	x	x	1	1	-	x	-
Biebrich	17	17	5	6	5	6	3	3	2	x	2	1	x	1
Dotzheim	15	15	5	5	5	5	2	3	1	1	2	1	x	-
Rambach	7	7	2	3	3	3	1	1	x	x	1	-	x	x
Heßloch	5	5	2	2	3	3	x	x	x	x	x	x	x	x
Kloppenheim	7	7	2	2	3	3	x	x	x	x	x	x	2	2
Igstadt	7	7	3	3	3	2	1	2	x	x	x	x	x	x
Nordenstadt	9	9	4	5	3	3	x	1	x	x	1	-	1	x
Delkenheim	7	9	2	4	4	4	x	1	x	x	1	-	x	x
Schierstein	15	15	5	5	6	6	3	3	x	-	1	-	x	1
Frauenstein	7	7	3	3	4	4	x	x	x	x	x	x	x	x
Naurod	7	7	4	4	2	2	-	1	x	x	1	-	x	x
Auringen	7	7	3	3	2	1	1	1	x	x	x	-	1	2
Medenbach	7	7	3	3	4	4	x	x	x	x	-	x	x	x
Breckenheim	7	7	4	4	2	3	1	x	x	x	x	-	x	x
Amöneburg	7	7	2	3	4	3	x	x	x	x	1	1	x	x
Kastel	15	15	4	4	6	7	x	x	x	x	1	1	4	3
Kostheim	15	15	3	3	4	5	x	x	x	x	1	1	7	6
Sitze insgesamt	288	288	90	103	104	105	33	39	11	8	32	14	18	19

* Sonstige

2016

In Rheingauviertel, Hollerborn = **UWL**; in Westend, B. = **PIRATEN**; in Sonnenberg = **BLW**; in Kloppenheim = **UMWELT**; in Nordenstadt = **FREIE WÄHLER**; in Auringen = **BFW**; in Kastel = **AUF AKK** und in Kostheim = **AUF AKK**; **FWG**.

2011

In Rheingauviertel, Hollerborn, Westend, B. = **PIRATEN**; in Westend, Bleichstraße = **Lebenswertes Westend**; in Westend, B., Sonnenberg, Biebrich, Schierstein = **BLW**; in Biebrich, Schierstein = **FW**; in Kloppenheim = **UMWELT**; in Auringen = **BFW**; in Kastel, Kostheim = **AUF AKK**; in Kostheim = **FWG**; in Rheingauviertel, Hollerborn, Erbenheim, Dotzheim = **REP**.

x = im betr. Ortsbezirk nicht kandidiert. - = keinen Sitz erhalten

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik